

FLZ Nr. 1-2022  
Jahrgang 43  
März 2022



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL- ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



Foto: Frank Rumpenhorst, picture alliance/pt

## Zwei Sektoren an der Belastungsgrenze

### Krankenhäuser und Bildung haben Vieles gemeinsam:



Foto: National Cancer Institute / Unsplash

Neben anderen von der Corona-Politik besonders betroffenen Bereichen standen Krankenhäuser und Bildung als zentrale Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge fast ständig im Mittelpunkt öffentlicher, kontroverser Debatten. Beide Bereiche haben mehr gemeinsam als es auf den ersten Blick erscheint: Ihre Leistungen fußen zwar auf Vorschriften, können aber nur noch auf dem Weg intensiver Ausbeutung der Beschäftigten und ihres „guten Willens“ voll erbracht werden.

Beide Bereiche leiden seit langem unter staatlicher Unterfinanzierung, Ökonomisierung und Öffnung für Privatisierung sind auf dem Vormarsch. Noch nie gab es so viele Aussteiger aus dem System. Die Überschreitung der Belastungsgrenze ist für die Beschäftigten in Krankenhäusern und in der Bildung vielfach nachgewiesen.

Im Klinikbereich haben die Beschäftigten jetzt die Reißleine gezogen und gestreikt. Anders scheint es nicht zu gehen. GEW und die im Bildungsbereich Beschäftigten sollten ihre Lehre daraus ziehen.

## Von der Notwendigkeit, über aktuelle Probleme zu diskutieren

Natürlich stellt sich die Frage, ob man in der Zeit einer aktuellen Kriegssituation in der Ukraine über andere Themen diskutieren sollte.

Unsere Einschätzung ist klar: Man muss es sogar! Man muss darüber streiten, wofür Geld ausgegeben wird und wofür nicht. Auch im Bildungs- und Sozialbereich sowie beim Thema Energiewende braucht es massive Investitionen – darüber muss gesprochen werden. Vor allem aber auch darüber, wo das Geld herkommt und wo es nicht investiert wird.

Im zukünftigen Haushalt der Stadt Frankfurt sind vor allem Einsparungen im Bildungsbereich vorgesehen – eine Debatte darüber in der Stadtverordnetenversammlung fiel aus. Einerseits nachvollziehbar unter dem Schock der Situation.

Andererseits schlecht für die Zukunftschancen der in Frankfurt lebenden Kinder und Jugendlichen, denn genau darüber muss gesprochen werden.

Gesprochen werden muss auch darüber, was wir gegen Unterfinanzierung und immer schwerer werdende Arbeitsbedingungen tun wollen. Und hier sind die Übereinstimmungen zwischen Krankenhäusern

und Bildung nicht zufälligerweise groß. Das heißt nicht, dass die Überlastung in einer Intensivstation dieselbe ist wie die in einer KiTa oder Schule. Aber gerade in der Be- und Überlastung durch zu hohe Betreuungsschlüssel lassen sich durchaus Parallelen finden. Spannend zu sehen, wie im Pflegebereich darauf reagiert wurde. Die für die Umsetzung notwendigen Maßnahmen zu streiten wird nicht einfach und sicher auch nicht kurzfristig zu erreichen sein. Aber es lohnt sich, damit zu beginnen.

Auch wir klammern den Krieg nicht aus und haben die Rede des Vorsitzenden der Naturfreunde ausgewählt.

Laura Preusker  
und Sebastian Gutmann



Nötiger denn je!

### Charité Berlin:

## 4-wöchiger Streik für erträgliche Arbeitsbedingungen

Vorangegangen ist die große Charité in Berlin. Trotz Pandemie und Fürsorgeappellen wurde vier Wochen lang gestreikt. Aber es war kein „klassischer“ Streik, sondern ein Streik für erträgliche Arbeitsbedingungen.

Der Tarifvertrag soll am 1. Januar 2022 in Kraft treten und am 31. Dezember 2024 enden. Er umfasst folgende Eckpunkte:

<sup>1</sup> Um eine Entlastung für die Pflegekräfte an der Charité zu erreichen, sollen in den nächsten drei Jahren mehr als 700 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege eingestellt werden (gefordert waren 1.200).

<sup>2</sup> Belastungspunkte: Für fünf Schichten in Unterbesetzung soll es einen Punkt geben, der als Belastungsgleich in acht Stunden Freizeit umgewandelt werden kann. Dabei soll es aber maximal fünf freie Tage pro Jahr geben.

<sup>3</sup> Darüber hinaus wird die psychosoziale Betreuung auf den Intensivstationen verstetigt und ein Konzept zur Gewaltprävention entwickelt.

Wichtige Verbesserungen sind auch für die praktische Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen vorgesehen. Auf drei neuen Ausbildungsstationen und einer interprofessionellen Intensiv-Lernstation werden die Auszubildenden zukünftig Erfahrungen sammeln. Auf den Stationen wird die strukturierte Praxisanleitung erweitert. Nicht zuletzt ist eine Dienstplannerheitz zwei Monate im Voraus zugesagt.

Diese Tarifeinsetzungen sind nicht die ersten ihrer Art: „Vor etwa sechs Jahren haben die Beschäftigten des Berliner Uniklinikums den Anfang gemacht und den seinerzeit ersten Tarifvertrag für Gesundheitsschutz und mehr Personal durchgesetzt“, erklärt verdi. Mittlerweile bestünden an 17 Großkrankenhäusern solche Vereinbarungen, die inhaltlich von Mal zu Mal besser werden.“

Ob diese Verbesserungen wirklich ausreichend sind, um Arbeitsbedingungen, Patientenwohl und Personalnotstand wirklich zu beheben, ist wie immer umstritten. Aber ohne Streik wären auch diese Verbesserungen nicht zustande gekommen.



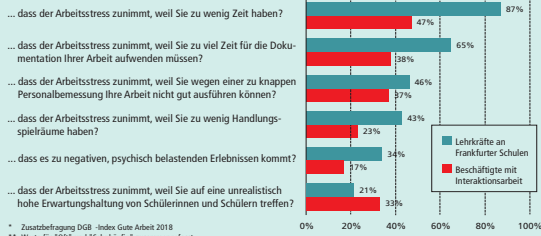
Am 25. Februar 2022 wurden die Verhandlungen für den nächsten Schritt zur Aufwertung des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) wieder aufgenommen. Es geht um die Eingruppierung der rund 250.000 Beschäftigten in kommunalen Kitas und sozialen Einrichtungen. Auch die Schulsozial-

arbeit und Ganztagsbetreuung in den Schulen liegt vielerorts in kommunalen Händen. Die gemeinsamen gewerkschaftlichen Forderungen wurden im Dezember 2021 beschlossen.

Die GEW ruft ihre Mitglieder auf, sich zu ihrer Durchsetzung aktiv an der Tarifrunde zu beteiligen.

## Stressfaktoren bei Frankfurter Lehrkräfte (n = 1.446 bis 1.451) im Vergleich mit anderen Beschäftigten mit Interaktionsarbeit (n = 3.542 bis 3.565)\*

Wie häufig kommt es bei der Arbeit im Umgang mit Schülerinnen und Schülern vor, ...\*\*



\* Zusatzbefragung DGB Index Gute Arbeit 2018

\*\* Werte für "OR" und "Sehr häufig" zusammengefasst

## Aus der GEW-Studie zu Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften an Frankfurter Schulen 2020

63% aller Beschäftigten in Deutschland leisten im Umgang mit Menschen sogenannte „Interaktionsarbeit“ (nicht „Herstellungsbearbeitung“).

- Der Vergleich zu anderen Beschäftigten mit Interaktionsarbeit zeigt, dass Lehrkräfte mehr Stress erleben und erheblich schlechtere Arbeitsbedingungen haben:
  - 87% geg. 47% haben zu wenig Zeit
  - 65% geg. 38% wenden viel Zeit für Dokumentationsarbeiten auf
  - 46% geg. 37% können wegen zu wenig Personal Ihre Arbeit nicht gut ausführen
  - Bei 43% geg. 23% nimmt der Stress wegen zu wenig Handlungsspielräumen zu
  - Bei 34% geg. 27% kommt es zu negativen psychischen Erlebnissen
  - Nur unrealistisch hohe Erwartungshaltungen sind bei anderer Klientel stressiger.

- 28% der Lehrkräfte lassen sehr häufig und 49% oft ihre Erholungspausen ausfallen oder verkürzen sie.
- 46% der Lehrkräfte gehen sehr häufig oder oft an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.
- 65% erholen sich nicht in der arbeitsfreien Zeit

=> Deutlich höhere Burnout-Werte als Konsumenz

# Geld ist genug da. Aber der Haushaltsüberschuss wird zweckentfremdet!

2,3 Milliarden Euro werden generationengerechten Investitionen in die Zukunft entzogen.

Der Jahresabschluss für den Landeshaushalt 2021 hat ergeben: Im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsplan gibt es fast 3,2 Milliarden Euro mehr, davon fast 2,6 Milliarden Euro aus den im Vergleich zur September-Schätzung 2020 gestiegenen Steuereinnahmen.

Wer aber nun gedacht hat, die Landesregierung würde endlich die Unterfinanzierung des

Bildungswesens (oder der öffentlichen Krankenhäuser – siehe Seite 1 und 15) beseitigen und die aufgelaufenen Probleme lösen, sieht sich getäuscht.

Das Bildungswesen bleibt unterfinanziert, wie es ist; trotz der Nullzinspolitik der EZB werden die Mehreinnahmen nicht für die Infrastruktur verwandt, sondern in die Schuldentilgung gesteckt: 1,47 Milliarden Euro verschwinden so

bei den Gläubigern, darüber hinaus auch noch 816 Millionen Euro für die „schwarze bzw. schwarz-grüne Null“. Mit diesem Geld hätte man die öffentliche Bildung enorm verbessern können in den Kitas, den Schulen und Hochschulen deutlich verbessern, die sozialen Benachteiligungen ausgleichen können und und und...

Zu Recht verwies der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion,

Marius Weiß in der Landtagsausprache auf die Unsinnigkeit von Tilgungen angesichts der aktuellen Nullzins-Politik.

Und ebenso zu Recht forderte die Linksfraktion die Landesregierung auf, die Mehreinnahmen vor allem dafür zu nutzen, „Hessen sozialer, ökologischer und gerechter aus der Krise zu führen“. „Nachfolgende Generationen haben nichts davon, wenn die öffentliche Infrastruktur kaputtgespart wird und der Bildungssektor unterfinanziert bleibt“, wie es Jan Schalauske von der Linken formulierte.

In die selbe Richtung zielte der hessische DGB-Vorsitzende Michael Rudolph: „Der zusätzliche Spielraum sollte unbedingt genutzt werden, um Finanzierungslücken bei den Kommunen zu schließen.“ Der Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur müsse abgebaut und der Fachkräftemangel des Landes beseitigt werden.

Und unser GEW-Vorsitzender Thilo Hartmann: „Offensichtlich steht das Land bei den Einnahmen deutlich besser da als erwartet. Aus unserer Sicht müssen hieraus die richtigen Schlüsse gezogen werden. Wir brauchen unbedingt mehr Geld für den Bildungsbereich. So muss Hessen seine Grundschullehrkräfte endlich auch nach A13 bezahlen. Wir stehen im Bundesländervergleich beim Besoldungsvergleich sehr schlecht da. Geschieht hier nichts, dann wird das Land Hessen in den kommenden Jahren der große Verlierer im Wettbewerb um ausgebildete Lehrkräfte für die Grundschulen sein. Außerdem brauchen wir für alle Lehrkräfte eine generelle Verkürzung der Pflichtstunden, diese ist in Hessen besonders hoch. Und auch an den Hochschulen brauchen wir eine Reduzierung der Lehrverpflichtung

und mehr entfristetes Personal zur Verbesserung von Forschung und Lehre.“

Hartmann forderte auch mehr Geld für die Kommunen: „Das Land steht hier in der Pflicht, die Einnahmehürden aufgrund der Corona-Krise vollständig aufzufangen. Auch die Kommunen brauchen mehr Geld für Bildung. Die Personalschlüssel in den Kitas müssen deutlich verbessert werden. Zudem brauchen die Kommunen dringend Geld, um den Investitionsstau im Bereich der Schulinfrastruktur abzubauen.“

**Warum werden eigentlich logische Forderungen so in den Wind geschlagen?**

Schwarz-Grün folgen immer noch den – mal zugegebenen, mal verschämt verschwiegenen – politischen Leitlinien „Privat vor Staat“, „Schwarz Null hat Vorrang“, „Markt vor Staat“. Diese Schwäche einer alten Austeritätspolitik findet sich inzwischen nicht einmal mehr im Sachverständigenrat der Bundesregierung (vgl. HLZ 1-2/2022).

Am deutlichsten zeigt sich die Fortsetzung der alten Privatisierungspolitik von Roland Koch in der Zusage an den größten privaten Klinik-Konzern Asklepios, ihm und seinen Aktionären für die nächsten zehn Jahre (I) eine halbe Milliarde Euro an Subventionen zukommen zu lassen – an der deutschlandweit einzigen privatisierten Uni-Klinik Gießen-Marburg.

Solange diese ideologische Verbortheit nicht überwunden wird – und zwar in den Köpfen der Wählerinnen und Wähler, darunter auch viele in der Bildung Beschäftigte – wird sich an dieser Politik auch nichts ändern.

Herbert Stron



Vor:  
Kundgebung  
Wiesbaden  
21.6.2021

## Tariffkampf bei Ärzten nicht mehr ausgeschlossen

Auch hier geht es nicht nur um angemessene Gehaltserhöhungen

Die vierte Tarifrunde für die rund 60.000 Ärzte an den kommunalen Krankenhäusern ist gestern Abend ohne ein Ergebnis zu Ende gegangen, meldete das Ärzteblatt am 16. 2. 2022. Die zweitägigen Gespräche zwischen der Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hätten keine Fortschritte gebracht. Ein Tariffkampf werde nicht mehr ausgeschlossen. Interessant auch hier:

### 91 Prozent durch die Arbeit regelmäßig erschöpft

Rund 91 Prozent der Krankenhausärzte fühlen sich demnach durch ihre Arbeit regelmäßig erschöpft. Ein Fünftel plant daher „definitiv“ eine berufliche Zukunft außerhalb der Klinik. Etwa 56,5 Prozent sind noch unentschieden und 23,5 Prozent planen keinen konkreten Tätigkeitswechsel.

Die Coronapandemie hat der Umfrage zufolge zu einer deutlichen Arbeitszunahme bei Ärzten in kommunalen Kliniken geführt: 71 Prozent der Befragten gaben an, dass ihre Arbeitsbelastung durch die Pandemie zugenommen hat, bei etwa einem Fünftel (22 Prozent) ist sie gleichgeblieben.



Streikkundgebung 28. Mai 2015 in Frankfurt

## Forderungen für die weitere Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes

Nach der großen Aufwertungsrunde 2015 sollte die Eingruppierung der SuE-Beschäftigten ab Sommer 2020 erneut verhandelt werden. Ein erstes Vorgespräch hatte bereits im März 2020 stattgefunden, die Verhandlungen wurden dann aber pandemiebedingt umgehend wieder ausgesetzt. Seitdem ist Pense. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben die Zeit gut genutzt, um die Forderungen für den nächsten Schritt zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes noch einmal zu aktualisieren und zu erweitern. Die Sonderregelungen für den Sozial- und Erziehungsdienst im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind mit Wirkung zum 31. Dezember 2021 gekündigt. Die Verhandlungen werden am 25. Februar 2022 wieder aufgenommen.

### Um welche Beschäftigten geht es?

Die Tarifverhandlungen im Frühjahr 2022 betreffen etwa 250.000 Beschäftigte in kommunalen Kitas, von denen die Mehrheit Erzieherinnen und Erzieher sind. Hinzu kommen Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die in Jugendheimen, Sozialarbeit und Beratung arbeiten. Auch zahlreiche Heilpädagoginnen und -pädagogen sowie die Beschäftigten in der Behindertenhilfe, in Wohnheimen und in der Betreuung und Begleitung gehören dazu.

### Die Forderungen sind vielfältig

Sie mittlerweile knapp drei Jahrzehnte gilt zwischen verd. (und der Vorgängergewerkschaft ÖTV) und der GEW eine Kooperationsvereinbarung für die Tarifarbeit im öffentlichen Dienst. Nach dieser

liegt die Verhandlungsführung (außer bei Lehrkräften) bei der/die. Die gewerkschaftlichen Forderungen spiegeln die fachlichen und politischen Diskussionen der vergangenen Jahre wieder. Nun heißt es, diese Forderungen gegenüber den kommunalen Arbeitgebern durchzusetzen.

### Die Forderungen im Einzelnen

1. Verbesserung der Eingruppierungsmerkmale, insbesondere durch
  - Eingruppierung der Tätigkeit der Kinderpfleger\*in/Sozialassistent\*in in die Entgeltgruppe (EG) S 4;
  - Regulare Eingruppierung der Erzieher\*in in die EG S 8b;
  - Abbildung der pädagogischen Tätigkeiten im offenen Ganztag.
2. Verbesserung der Eingruppierung der Beschäftigten im Bereich der Sozialarbeit durch Gleichstellung mit vergleichbaren Studien-niveaus sowie Ausbringen neuer Merkmale für die Schulsozialarbeit.
3. Schaffung weiterer Merkmale ab EG S 17 für Tätigkeiten in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und in der Leitungstätigkeit.
4. Anpassung der Stufenlaufzeiten an die allgemeinen Regelungen und Öffnung der Stufen 5 und 6 für alle Entgeltgruppen im Sozial- und Erziehungsdienst.
5. Anpassung der Eingruppierung der Kita-Leitungen an die vorhandenen Anforderungen.
6. Stellvertretende Leitungen verbindlich vorsehen und Festlegung der Mindesteingruppierung in die EG S 11a.
7. Anpassung der Bedingungen, vor allem unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen durch das Bundesteilhabegesetz durch z.B.

– Aufnahme der Berufsbezeichnungen Arbeitserzieher\*in, geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung (gFAB) und der Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung mit Sonderpädagogischer Zusatzausbildung (FAB mit SPZ);

– Eingruppierung der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung und pädagogischer Qualifikation in die EG S 8b;

– Bessere Bewertung der Tätigkeit Beschäftigter im handwerklichen Erziehungsdienst durch Eingruppierung in die EG S 7;

– Berücksichtigung der Tätigkeit der Schulassistent/Schulbegleitung sowie weiterer Assistenz-tätigkeiten und Eingruppierung entsprechend des Anforderungsprofils;

– Umbenennung der monatlichen Heizzulage in eine Zulage Wohnen und Erhöhung auf 150 Euro;

– Regelungen zur Vergütung während der Ausbildung zur Heilerziehungspfleger (HEP).

8. Rechtsanspruch auf Qualifizierung für alle Beschäftigten, z. B. von



## editorial

Eine Katastrophe löst die nächste ab. Kaum nehmen die Probleme mit der Coronapolitik etwas ab, trifft uns der nächste Schock mit dem Krieg vor der Haustür.

Schon die Coronapolitik hat uns vor größere Probleme gestellt, als wir sie seit langem hatten. Sowohl Arbeitsbedingungen wie Pädagogik wie politische Ansprüche, aber auch die gewerkschaftlichen und personalvertretungsrechtlichen Belange waren negativ betroffen. Dazu kam sehr schnell ein gesellschaftlicher Konformitätsdruck, der dazu führte, dass kontroverse Debatten über bestimmte Aspekte der Corona-Politik nicht nur unerwünscht waren, sondern sehr schnell emotionalisiert wurden und dann zur Tabuisierung führten. Dazu trugen mehrere Faktoren bei: einerseits eine verbreitete und berechtigte Angst (insbesondere dort, wo eng mit Menschen gearbeitet werden muss), dann die undifferenzierte Belegung von Kritik mit Begriffen wie Verschwörung, Corona-Leugnern, Schwärzern usw.; und schließlich die Vereinnahmung der Kritik durch die politische Rechte. Die „Frankfurter Erklärung“ auf S. 13 ist eine der Konsequenzen. Von daher war es überfällig, die zwei Jahre lang fast vermißten Kontroversen im Bundesvorstand offen anzusprechen, was zu den Reaktionen führte, wie sie auf Seite 13 beschrieben sind.

Zunehmend rücken inzwischen die wegen der unmittelbar zu lösenden Probleme etwas an die Seite geschobenen strukturellen

politischen Defizite wieder in den Vordergrund: die öffentliche Deansvorsorge soll möglichst wenig kosten und ist „auf Kante genäht“, wie es vielfach ausgedrückt wurde. Dies folgt keinem Naturgesetz, sondern einer beinhalten Verteilungspolitik, wie zuletzt die versprochenen rund 500 Millionen öffentlichen Mittel für den privaten Asklepios-Konzern oder der ebenfalls millionen-schwere Verzicht auf Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt Frankfurt zeigen (Seite 7).

Von daher weisen wir ab Seite 1 darauf hin, dass aus den Gemeinsamkeiten der Beschäftigten im Kliniksektor und uns durchaus Lehren gezogen werden können: Zunehmend geraten die Arbeitsbedingungen zu einer existenziellen Krise, und Protestriefe stoßen an ihre Grenze. Die GEW wird deshalb wieder an der Arbeitszeit- und Belastungsstudie ansetzen und neue Durchsetzungsstrategien beraten.

Vor allem müssen wir verbinden, dass mit einer neuen Risikogesellschaft Sozialstaat und öf-fentliche Deansvorsorge, aber auch die sozial-ökologische Transformation in die Ecke gedrängt werden. Dafür muss allerdings der Krieg so schnell wie möglich beendet und strukturell überunden werden. Weil eine Diskussion so kurzfristig nicht möglich war, haben wir auf die Rede des Vorsitzenden der Naturfreunde, Michael Müller zurückgegriffen, die dieser auf der Friedenskundgebung am 27.2.2022 in Berlin gehalten hat.

### Aufwertung braucht gute Rahmenbedingungen

Der Sozial- und Erziehungsdienst hat echte Wertschätzung und damit eine Aufwertung verdient. Deshalb sind die GEW und ihre Mitglieder Teil dieser wichtigen Tarifrunde zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes.

Es ist notwendig, dass sich nicht nur die tariflichen Regelungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst verbessern. Denn nur wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen, ist die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes komplett. Deshalb diskutieren die GEW mit Politikerinnen und Politikern die Fragen für ein echtes bundesweites KiTa-Qualitätsgesetz und die Entwicklung hin zu hochwertigen Ganztagschulen mit einer starken Schulsozialarbeit.

Die GEW setzt sich für die Weiterentwicklung einer fachlich fundierten, praxisnahen und tariflich bezahlten Ausbildung staatlich anerkannter Erzieher\*innen ein. Die GEW als Bildungsgewerkschaft hat gute Antworten und Ideen auf diese Fragen.

Denn es ist klar: eine Medaille hat immer zwei Seiten: gute Bezahlung und gute (Arbeits)Bedingungen. Die GEW kann beides.

# Arbeiten, bis es zum Arzt geht ...

## Wenn hohe Motivation sich in unzumutbare Belastung verkehrt

**Corona hat die Lage an den Schulen verschärft. Aber die Studien der GEW zeigen, dass schon vor Corona die Lage an den Schulen prekär war. Dies ist nach Meinung des Autors kein Zufall, sondern gezielte Absicht einer Politik der Einsparungen. Und moderne Managementmethoden liefern das Werkzeug dazu. Stephan Siemens, den manche schon von unseren Veranstaltungen zur Ökonomisierung von Bildung her kennen, zeigt anhand der Organisationstheorie auf, wie diese Management-Methoden die große Motivation der Lehrkräfte für die eigenen Ziele zweckentfremden.**

Die hessische GEW hat eine empirische Studie zur Belastung von Lehrkräften in Auftrag gegeben, die vom Bezirksverband Frankfurt durchgeführt und vor Corona abgeschlossen wurde.

Die Ergebnisse zeigen: Die Belastung der Lehrkräfte durch lange Arbeitszeiten in der Schulzeit ist außergewöhnlich hoch. Durchschnittlich arbeiten die Vollzeit-Lehrkräfte in einer Schulwoche circa 44–46 Stunden pro Woche, wobei eine enorme Streuung unter den Lehrer\*innen festzustellen ist (von ~7 bis ~9 Stunden in der Woche, wobei auch Teilzeitkräfte berücksichtigt sind). Das führt dazu, dass eine Reihe von Kolleg\*innen ihre Arbeitszeit reduzieren müssen, um gesund zu bleiben. Die unterrichtsnahen Tätigkeiten (z.B. Vorbereitung und Korrekturen) nehmen relativ immer weniger Arbeitszeit in Anspruch. Stattdessen nehmen die Tätigkeiten zu, die keine unmittelbare Beziehung zum Unterrichten haben (Dokumentation, Schulleitungstätigkeiten etc.).

### Arbeitszeit reduzieren müssen, um gesund zu bleiben

Bei in Vollzeit tätigen Kolleg\*innen führt das dazu, dass auch absolut die Zeit abnimmt, die sie für die mit dem Unterrichten verbundenen Tätigkeiten aufwenden. Um dieser Entwicklung (dem „Qualitätsdilemma“) zu entgehen und ihrem eigenen Anspruch gerecht zu werden, reduzieren viele Lehrkräfte ihre Unterrichtszeit. Manche Teilzeitkräfte arbeiten aber dennoch länger, als sie in Vollzeit arbeiten müssten und als gesetzlich erlaubt ist. Wochendarbeit ist bei den meisten Lehrkräften Teil ihrer eingeplanten Arbeitszeit. Erholung findet in der Regel weder in den Pausen noch an den Wochenenden statt. Diese Belastungen führen häufig zu vorzeitiger Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen mit reduzierten Pensionsansprüchen. Diese Kolleg\*innen fehlen an den Schulen. In allen Altersklassen überlegen Lehrkräfte, ob sie in vorzeitigem Ruhestand treten sollen. Mit zunehmendem Alter nimmt diese Zahl zu, bis zum schätzigen Lebensjahr. Dann sind viele, die sich das überlegt haben, bereits ausgeschieden.

Die Studie macht aber auch deutlich, was die Lehrkräfte im Beruf hält. Der Sinn der Arbeit und



Foto: Luc Fankhoff/umgshaft

das Gefühl, die Kolleg\*innen nicht hängen lassen zu wollen, spielen eine wesentliche Rolle. Diese Faktoren waren von den Landesregierungen schon „eingepreist“, wie das in der neoliberalen Denkweise heißt. Und dennoch verschärft sich schon vor Corona die Lage nachhaltig. Lehrkräfte wachsen nicht auf den Bäumen. Individuen müssen ausgebildet und Lehrkräfte werden wollen. Ersteres dauert, zweites nimmt mit schlechteren Arbeitsbedingungen ab. Sich jetzt auf den Mangel an Lehrkräften zu berufen, um die Kolleg\*innen zusätzlich unter Druck zu setzen, ist unter diesen Umständen schon zynisch.

So war die Lage vor Corona. Durch Covid 19 haben sich die meisten Faktoren, die als belastend empfunden werden, verstärkt. Zu einem Kollaps des Schulsystems ist es dennoch nicht gekommen. Die „Solidarität“ der Lehrer\*innen hat es erlaubt, diese Zusatzbelastung – wenn auch zähneknirschend – zu bewältigen. Neue Formate wurden entwickelt, erhebliche Mehrbelastungen für Doppelunterricht und elektronische Betreuung wurden hingenommen. Die Konflikte mit Schüler\*innen, Eltern, Kolleg\*innen

und Schulleitungen haben zugenommen. Die zeitliche Beanspruchung der individuellen Lehrkräfte hat sich massiv verschärft. Es ist den Kolleg\*innen aber gelungen, diese Spitze der Belastungen mehr schlecht als recht zu bewältigen. Darf man der Studie glauben, so liegt die Hauptursache darin, dass die Kolleg\*innen ihre Arbeit in hohem Maße für sinnvoll halten. Das lässt sie auch solche Belastungen ertragen, die in hohen Burnoutwerten zum Ausdruck kommen. (Burnout wird hier nicht als Diagnose, sondern als sozialpsychologische Tendenz verstanden.) Die gesundheitlichen Belastungen nehmen dadurch zu.

Die Studie unterstreicht die Notwendigkeit, zu handeln, um die gesundheitlichen Belastungen der Lehrer\*innen zu reduzieren. Sie stellt aber auch fest, dass sich die Situation der Lehrkräfte – trotz entsprechender Untersuchungen im Jahre 2015/16 in Niedersachsen – nicht verändert hat; auch jetzt sind entsprechende Veränderungen in der Bildungspolitik nicht wahrzunehmen.

Deswegen mutet es fast fährdend an, wenn die öffentlichen Ar-

beitgeber jetzt in die Pflicht genommen sollen, Bedingungen zu schaffen, unter denen es den Kolleg\*innen möglich ist, sich an die Gesetze eben dieses Arbeitgebers zu halten – etwa das Arbeitsschutzgesetz oder das Arbeitszeitgesetz. Das Rühren- und Resultiert daraus, dass die in der Studie beschriebene Entwicklung als nicht von der Regierung intendierte aufgefasst wird, obgleich hier nur empirisch wird, was in der Orga-

nerung muss. Es handelt sich nicht um etwas, was man zufälligerweise empirisch nachweisen muss. Es geht um Prozesse, die seit langem erforscht sind und die gezielt und bewusst eingesetzt werden. Es ist daher kein Wunder, dass die Schulbehörden auch bei der Bewältigung der Corona-Krise auf diese Mechanismen zurückgreifen. Dadurch verstärkt sich noch der Druck auf die Kolleginnen und Kollegen. Auf diese Weise werden eigentlich positive Faktoren wie die hohe Motivation von Beschäftigten – hier der Lehrkräfte – in ihr Gegenteil verkehrt und gegen diese gewendet.

### Sie halten durch, und sie halten still

Die Antwort der Organisationstheorie darauf besteht in der Unterscheidung von Ebenen: Die Entscheidung dafür, als Lehrkraft zu arbeiten, ist eine persönliche. Dagegen ist die Entscheidung, das im Moment Notwendige in der Schule beizubringen, eine organisationale Entscheidung. Beide Entscheidungen fallen auf verschiedenen Ebenen; daher richten sich die organisationalen Entscheidungen nicht nach den persönlichen Interessen oder Bedürfnissen – zumindest solange es möglich ist, sie zu ignorieren. Das nennt der Organisationstheoretiker Barnard „area of acceptance“. Wird diese überschritten, wird die Entscheidung wieder persönlich, nämlich aus dem Lehrberuf auszusteigen oder ihn aus gesundheitlichen Gründen aufgeben zu müssen.

Bis dahin aber gilt der „Sinn der Arbeit“ als organisationale Entscheidungsgrundlage. In der Untersuchung über die Frankfurter Lehrer wird dieser Faktor als eine Ressource dargestellt. Es stellt sich aber die Frage: „Ressource für wen?“ Kolleg\*innen gehen häufig auch dann zur Schule, wenn sie krank sind. Dieser „Präzedenzfall“ ist eine Ressource für die Organisation Schule. Aber nicht nur das: Sie zeigt sich auch in der – ganz normalen – Überforderung der Lehrkräfte, an die sie sich schon gewöhnt haben, und die die Schulbehörden nachhaltig ausnutzen. Dabei können sich nur wenige Kolleginnen und Kollegen vorstellen, ihre Arbeit bis zum ordentlichen Renteneintritt gesundheitlich durchzuhalten. Aber sie halten durch, und sie halten still. Denn ihre Arbeit ist sinnvoll; sie können weder die SchülerInnen und Schüler noch die Kolleginnen und Kollegen im Stich lassen. Da quälen sie sich lieber. Die Ressource verkehrt sich in ihr Gegenteil und wird zur Ursache für Belastungen.

In der letzten Ausgabe der FLZ wurde bereits die Nutzung von Krisen durch die Organisation behandelt. Ein weiteres Beispiel ist das von der Studie genannte „Qualitätsdilemma“: Der Organisationstheoretiker Herbert Simon sieht beispielsweise in den 40er Jahren die Effizienz einer Organisation dadurch bedroht, dass Spezialisten übertriebene Qualitätsanforderungen bei ihren Entscheidungen zu Grunde legen. Dieser Gefahr beugt er vor: Die Entscheidungen sollen organisatorisch dorthin verlegt werden, wo die Effizienz „Adäquatheit“ hat. Auf diese Weise kommen zwar keine Entscheidungen zustande, die „satisfying“ sind, aber eben doch „satisficing“, d.h. es fällt nicht schwer, darin das „Qualitätsdilemma“ zu erkennen.<sup>1</sup>

Ähnliches gilt für die Motivation der Kolleginnen und Kollegen durch den Sinn ihrer Arbeit. Auch da sind die Organisationstheoretiker der Meinung, dass die Einsicht der Beschäftigten in die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Tätigkeit genutzt

### Warum setzen sich die Kolleg\*innen nicht solidarisch zur Wehr?

Warum setzen sich die Kolleg\*innen nicht solidarisch zur Wehr? Dafür sind doch alle Voraussetzungen



# GEW trägt Forderungen im Landtag vor



Foto: Eita Venturini/stock

Die GEW hat ihre Forderungen an den Landeshaushalt 2022 in zahlreichen Gesprächen mit den Regierungsparteien, aber auch der Opposition vorgetragen.

**Kurzfristig werden gefordert:**

n Für den Kitabereich die Ausstattung mit Lufiltergeräten, ein verbindliches Testkonzept auch für die Kinder und die finanzielle Unterstützung der Träger aufgrund erhöhter Kosten für Reinigung und Anschaffung von Masken.

n Auch im Schulbereich die flächendeckende Ausstattung mit Lufiltergeräten. Dabei darf sich das Land nicht hinter den Kommunen verstecken.

n Die Aufstockung und Verstärkung des „Löwenstark-Programms“ zur Bewältigung der Pandemiefolgen.

n Den Mangel an IT-Fachpersonal beseitigen.

n Das Land muss dafür sorgen, dass es Schulen und Schulträgern erleichtert wird, auf vom Land be-

reitgestellte Mittel zurückgreifen zu können.

**Vordringlichstes Problem an den Schulen: die Arbeitsbelastung**

Grundlage ist die Studie zur Arbeitszeit und Arbeitsbelastung an Frankfurter Schulen.



Vorrang hat die Senkung der zusätzlich zum Unterricht zu erledigenden Dienstpflichten: Keine neue Aufgabe ohne angemessene Entlastung! Dazu fordert die GEW den Einsatz von Schulgesundheitskräften und zusätzliches administratives Personal sowie den Ausbau des UBUS-Programms.

**Lehrkräftemangel ist hausgemacht**

Dieser muss durch eine Aufstockung der Studienplätze und Referendariatsplätze angegangen werden.

Ferner stehen an: A13 für Grundschullehrkräfte, die Senkung der Pflichtstundenzahl, die Größe der Lerngruppen und den Ausbau der Mitbestimmung. Selbst die unmittelbare Einstellung von Lehrkräften im Anschluss an die Zweiten Staatsexamen („Sommerferienbezahlung“) hat die Landesregierung bis heute nicht gelöst!

**Hochschulen: Befristungsquote von 90% des wissenschaftlichen Personals ist arbeitsnehmer- und wissenschaftsfeindlich!**

Mehr Dauerstellen für Daueraufgaben – eigentlich logisch – nicht so in Hessen! Mittel für die Ausstattung häuslicher Arbeitsplätze, ein ausreichender IT-Support für Hochschulbeschäftigte und Studierende sind weitere Forderungen der GEW. (Näheres in HLZ 1-Z/2022)

## So wird die Lehrkräftebildung in Hessen nicht zukunftsfähig aufgestellt!

erfüllt. Als Gewerkschafter\*in könnte man erwarten, dass die Kolleg\*innen nicht nur als Individuen die Nase voll haben und aus der Schule ausscheiden. Man könnte auch fordern, dass sie sich für sich selbst und ihre Kolleg\*innen solidarisch einsetzen. Doch auch darauf gibt die Organisationstheorie eine Antwort, die bislang verfangt. Sie schafft „Umwelten“, in denen sich „selbständige Schulen“ und Teams an diesen Schulen zu behaupten haben. Dadurch bekommt Solidarität unter den Kolleg\*innen eine merkwürdige Wendung. Da die Überforderung der Lehrkräfte relativ allgemein ist, kommt es immer wieder dazu, dass einzelne Kolleg\*innen ausfallen oder Unterstützung brauchen, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen wollen. Dann ist es unmittelbar und individuell betrachtet ein Akt der Solidarität, ihnen zu „helfen“, sie zu unterstützen und/oder sie zu vertreten, damit – ja damit die Schule ihre Aufgaben erfüllen kann.

Es stellt sich also heraus, dass dieser Akt der „Solidarität“ auch der Organisation „hilft“. Und diese plant diese „Hilfe“ ein, indem sie Teams sich gegenseitig unterstützender Kolleg\*innen bildet, die dann als Teams durch die „Gestaltung“ einer entsprechenden „Umwelt“ unter Druck gesetzt werden. Die „Solidarität“ verwandelt sich aus einer gemeinsamen Gegenwehr gegen die Überforderung, d.h. aus einer kollegialen Solidarität, in eine Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Institution „Schule“ trotz organisierter Überforderung, also in organisationale „Solidarität“. Und die richtet sich im Zweifelsfall gegen die Kolleg\*innen, die „nicht mitziehen“ – die zum Beispiel wegen ihrer Schwerbehinderung in

Corona-Zeiten keinen Präsenztunterricht abhalten können.

**Ohnmächtig, sich gegen die Überforderung zur Wehr zu setzen, obwohl erkennbar ist, wo die Ursache für die Überforderung liegt**

Solche Mechanismen bleiben den Kolleg\*innen in der Regel unbewusst. Sie bemerken nur das Ergebnis: Sie erscheinen gemeinsam und im Interesse der Organisation stark. Sie sind in der Lage, eine Krise wie die Corona-Pandemie zu bewältigen. Aber als Individuen erscheinen sie schwach und mehrheitlich nachhaltig überfordert. Vor allem: Sie erscheinen ohnmächtig, sich gegen die Überforderung zur Wehr zu setzen, obwohl sie generell erkennen, wo die Ursache für diese Überforderung liegt. Dennoch funktioniert die Gegenwehr nicht. Warum nicht? Weil die – von den Organisations-theoretikern erforschten – Mechanismen so konzipiert sind, dass sie durch das Handeln der Kolleg\*innen selbst umgesetzt werden. Das nennt man „indirekte Steuerung“ – und die funktioniert so lange, bis die Kolleginnen und Kollegen sich bewusst mit ihr auseinandersetzen. In Frankfurt und in Köln hat die GEW bereits Workshops durchgeführt, in denen sich Kolleg\*innen die indirekte Steuerung in ihrer konkreten Situation an der Schule bewusst gemacht haben. Es ist für alle hilfreich, dies nachhaltig zu tun, englischen Wörtern satisfying (= befriedigend) und suffice (= genügen).

Stephan Siemens

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf in den Hessischen Landtag eingebracht, mit dem die Lehrkräftebildung neu geregelt werden soll.

„Eine grundlegende Novellierung der Lehrkräftebildung ist aus Sicht der GEW überfällig“, konstatierte vor diesem Hintergrund der Vorsitzende der GEW Hessen, Thilo Hartmann. „Wir müssen jedoch enttäuscht feststellen, dass der vorliegende Entwurf nicht geeignet ist, die Lehrkräfteauf- und -fortbildung strukturell gut aufzustellen. Es handelt sich um keinen kohärenten Gesetzentwurf. Er wird sogar zu einer Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen für Lehrkräfte führen.“

**Er wird sogar zu einer Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen für Lehrkräfte führen.“**

Ein Grundfehler des Entwurfs stellt nach Auffassung der GEW dar, dass einerseits wichtige zusätzliche Themen in der Ausbildung verankert werden sollen, etwa Inklusion und Bildung für Nachhaltige Entwicklung, dass aber andererseits die Studiendauer nicht verlängert wird. Henning Tauche, der an der Universität Gießen Lehramt studiert und Co-Sprecher des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW Hessen ist, stellte fest: „Das Studium für das Lehramt an Grundschulen ist, ebenso wie das Studium für das Lehramt an Haupt- und Realschulen, in diesen Semestern deutlich kürzer als die anderen Lehramtsstudiengänge. Ein Semester dafür ist für die Prüfungen vorgesehen, ein wei-

teres soll nun flächendeckend als Praxissemester verwendet werden. Niemand kann ernsthaft glauben, dass in nicht mehr als fünf Semestern echter Studienzzeit alle fachwissenschaftlichen, didaktischen und gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagen vermittelt werden können, welche die Lehrkräfte von morgen eigentlich bräuchten. Wir fordern daher die Anpassung der Studienzzeit von allen Lehramt\*ern bei einheitlich zehn Semestern.“

**Fragmentierung in Module**

„Auch was den Vorbereitungsdiens als zweite Phase anbelangt, gibt es leider keine substantiellen Verbesserungen“, so die Einschätzung von Andrea Gergen. Sie ist als pädagogische Mitarbeiterin an der Universität Marburg tätig und ist Co-Leiterin des Referats Aus- und Fortbildung der GEW Hessen. „Die Kolonisation will bedauerlicherweise an dem Irweg einer kleinteiligen Zersplitterung und Fragmentierung in Module festhalten. Wir fordern stattdessen die durchgehende und ganzheitliche Begleitung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdiens in vier Strängen.“

Darüber hinaus verwies Andrea Gergen auf neue Probleme, die der Gesetzentwurf mit sich zu bringen droht. So mangle es beispielsweise dem neuen § 40 HLBG an einer verbindlichen Aufgabendefinition für die Begleitung im Praxissemester. Diese gehöre nicht – wie vorgesehen – in die Praktikumsordnungen der Universitäten, sondern in eine landesweit gültige Rechtsverordnung; „Andernfalls bedäufte dies, dass hessenweit Lehrkräfte, die Studierende im Praxissemester

begleiten, nach unterschiedlichen Vorgaben unterschiedlicher Universitäten beraten müssen – mitunter sogar an ein und derselben Schule.“

**Fortbildung: Keine Pflicht ohne Angebot!**

Abschließend erinnerte Thilo Hartmann an die Bedeutung der Fortbildung: „Wer eine Pflicht zur Fortbildung ins Gesetz schreibt, muss auch Fortbildungen anbieten. Das ehemals in Hessen bestehende sehr gute Angebot wurde leider zerschlagen und kaputtgespart. Es ist daher dringend notwendig, wieder zentralisierte Fortbildungszentren einzurichten und das Fortbildungsangebot stark auszuweiten.“

**Zum Hintergrund:** Der Hessische Landtag hat im Dezember 2021 das von der Landesregierung eingebrachte Gesetz zur Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes und anderer schullehrerlicher Vorschriften in erster Lesung beraten. Dieses soll in den kommenden Wochen verabschiedet werden und im Verlauf des Jahres in Kraft treten.

Nähere Informationen zu dieser sowie alle schriftlichen Stellungnahmen sind auf der Homepage des Landtags einsehbar:

<https://hessischer-landtag.de/termine/kulturpolitisch-heraus-schuss-anhoerung-zum-lehrerbildungsgesetz>

8. Oktober 2022

Pressemitteilung der GEW-Hessen

# Aus dem Römer

Bericht über den Ausschuss für Bildung und Schulbau  
vom 29. November 2021

In der Bürgerrunde wurden folgenden Fragestellungen vorgetragen:

## Luftfilter

Der Elternbeirat der Willmerschule fragte nach den zugesagten Luftfilteranlagen für ihre Container, deren Installation in der Zeit von September bis November 21 vorgesehen gewesen sei und die Schule für diese Zeitspanne eine schriftliche Zusage im Sommer erhalten habe. Die Schule habe sich auf die Aussage verlassen. Da es keine weiteren Infos gab, haben die Eltern auf eigene Kosten ca. 6.400 Euro investiert, um Luftfilteranlagen anzumieten u.a. zum Schutz von vulnerablen Kontaktpersonen. Wären die Eltern eher informiert worden, hätte eine günstigere Beschaffung greifen können.

Die Eltern forderten, dass die Schule mit den beschlossenen Luftfiltern nach vorgesehener Priorisierung (als Containerschule) ausgestattet wird, dass das Dezernat zügig die Gelder an die Eltern zurückerstattet und somit die Kosten für die angemieteten Luftfilteranlagen übernimmt. Weiterhin forderten sie eine transparente und schnelle Information und Kommunikation von Seiten des Dezernats zum Sachstand.

Auch ein Vertreter des Schulleiterberäts der Mühlbergerschule fragte nach der Installation der Luftfilter für die Klassen 1 bis 6, die bereits im Sommer 21 versprochen wurden. Seiner Meinung nach mangle es an dem entsprechenden

Willen, diese Maßnahme endlich durchzuführen.

Die Dezernentin, Frau Weber betonte, dass alle an einem Strang ziehen würden, dass es kein Interesse an weiteren Schulschließungen gebe und man an einer schnellstmöglichen Beschaffung interessiert sei, die ja unter der letzten Koalition nicht möglich gewesen sei. Die Interimsdringlichkeit hätten Vorrang, da es da große Probleme mit den Heizungsanlagen gebe. Am Ostern 2022 sollten alle Klassenzimmer, die nicht ausreichend belüftet werden können, komplett mit den Luftfilteranlagen ausgestattet sein. Es werde auch noch zusätzliche Luftfilteranlagen geben laut Beschluss von vor den Sommerferien.

Seit dem Sommer 2021 wurden alle Räume begangen, auch die Fachräume, die von den Klassen 1 bis 6 genutzt werden, das seien circa 2.500 Räume gewesen, deren Luftvolumen bestimmt worden sei. Am 11. 10. 2021 erfolgte eine europaweite Ausschreibung (über ein Volumen von 23 Mio. Euro), die Angebotfrist endete am 28.10. Es habe 19 Anbieter gegeben, von denen 6 Anbieter in der Auswahl seien; die Zuschlagerteilung erfolge heute (29. 11. 2021). Danach gebe es noch eine 14-tägige Einspruchsfrist. Falls es keine Klage gebe, könnte dann im Dezember 2021 so schnell wie möglich mit der Installation begonnen werden. In der Mühlbergerschule sollen nächste Woche Geräte aus dem Bestand von vor Ostern aufgestellt

werden. Man habe aber dabei auch festgestellt, dass es im Stromnetz zur Überlastung komme. Frau Pauli von der Linken fragte nach, ob es jetzt zusätzlich Ausschreibungen zu einem passenden Stromnetz geben müsse. Das Dezernat habe diese Ausschreibungen zu den Anpassungen im Stromnetz veranlasst, deshalb sei der Starttermin im De-

zember eventuell nicht zu halten, man gehe davon aus, dass die ABi die zusätzlich anfallenden Kosten übernehme.

## Eine neue Gesamtschule wurde gefordert

Die Schulleiterin der Schillerschule (als Sprecherin der Bildungsregion Süd, in der alle Schulformen vertreten sind) forderte, dass es zum nächsten Schuljahr eine neue IGS oder KGS brauche, aber kein neues Gymnasium. Zwar wählten mehr

als 56 Prozent der Eltern im Übergang 4/5 ein Gymnasium als weiterführende Schulform an. Es stelle sich aber heraus, dass viele Kinder im gymnasialen Zweig nicht „glücklich“ seien und dort weiter verblieben, da andere Schulplätze an Realschulen und Gesamtschulen fehlten. Es gebe im Gymnasialen Zweig einen hohen Leistungsdruck durch die zweite Fremdsprache, den „akademischen“ Lehrplan; Eltern und Schülerschüler seien frustriert. Die Schüler und Schülerinnen bräuchten Schulplätze an Schulen, an denen sie erfolgreich sein könnten.

Frau Weber sagt, sie sei sehr erstaunt, dass es diese Forderung jetzt gebe. Denn Stadtelternbeirat und CDU hätten im Rahmen der Erstellung des letzten Schulentwicklungsplans darauf gedrängt, dass es unbedingt ein weiteres Gymnasium in der Bildungsregion geben müsse. Diesem Schulentwicklungsplan wurde so auch vom Magistrat zugestimmt. Es werde zum nächsten Schuljahr ein neues Gymnasium geben, das inklusiv arbeiten werde, das durch Projekte die Schüler und Schülerinnen fördern werde, um diese an der Schule zu halten, damit sie dort ihren Abschluss machen könnten. Dazu komme, dass dieses Schuljahr 12 zusätzliche Klassen in den bestehenden Gymnasien eingerichtet werden seien und für das kommende Schuljahr weitere 18 Klassen untergebracht werden müssten. Somit brauche es ein neues Gymnasium, für das die finanziellen Mittel zugesagt seien und das im Schuljahr 23/23 starten werde, was alle Gymnasien entlasten werde. Eine weitere IGS sei vorgesehen und solle zum Schuljahr 23/24 an den Start gehen.

Ingeborg Ulrich

## Eine Schule für alle

*Alle Eltern wünschen sich die bestmögliche Entwicklung ihres Kindes in der Schule. Viele sehen diese im gymnasialen Bildungsgang mit seinem Abschluss Abitur. Den bieten in der Mittelstufe explizit IGS wie Gymnasium gleichermaßen – beide versetzen nach Klasse zehn automatisch in die gymnasiale Oberstufe, wenn die Leistungen stimmen. Leider wird diese Tatsache oft unterschlagen oder gar falsch dargestellt, zuletzt wieder in dem „Schulnavigator 2022“.*

*Aber auch Dezernentin Weber befördert diese falsche Wahrnehmung, wenn sie die „gestiegene Nachfrage“ nach dem gymnasialen Bildungsgang als Begründung für ein neues Gymnasium im Süden einordnet, statt für diesen Weg im gemeinsamen Lernen in einer IGS zu werben und diese umgehend einzurichten. Stattdessen ein „inklusives“ Gymnasium zu wusieren ist so abwegig wie zynisch: Erst vorgebillt nach*

*Leistung zu sortieren und dann mit ein paar Kindern mit Beeinträchtigungen garnieren? Inklusiv Schule bedeutet, alle Kinder sind gleichermaßen wert und wichtig und verdienen bestmögliche Förderung – und erleben dies in einer Schule für alle: der IGS!*

*Es stünde Frau Weber gut an, der von einigen Eltern gewünschten Abgrenzung in der Schulform Gymnasium entgegenzutreten und den gemeinsamen Weg mit den gleichen Perspektiven in der IGS als individuell und gesellschaftlich wünschenswerter(e) zu betonen. Denn „ganz nebenbei“ könnte so das wechselseitige Verständnis und ein Zusammenhalt förderndes Miteinander in der Gesellschaft gestärkt werden – also bitte mit dieser redlichen Begründung schon 2022 eine neue IGS eröffnen!*

*Leserbrief von Gerd-Ulrich  
Frans, Groß Umstadt  
FR vom 14. Januar 2022*

## Kein Verständnis für Sparvorschläge in Kitas

Personalrat kritisiert Rechnungshof

Der Gesamtpersonalrat (GPR) der Stadt Frankfurt hat den Landesrechnungshof für seine Sparvorschläge bei der Kinderbetreuung scharf kritisiert. Das Gremium nannte den Vorstoß zynisch und wiefremd.

Walter Wallmann, Präsident des Landesrechnungshofs, war in der vergangenen Woche in den Ausschuss für Controlling und Revision der Stadtverordneten gekommen. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit bewertete Wallmann die Frankfurter Finanzpolitik und machte Sparvorschläge – etwa für die Arbeit in Kindertagesstätten. Dort könnten 25 statt 20 Jungen und Mädchen pro Gruppe betreut werden. Kritisch hinterfragte Wallmann auch die Eingruppierung von Erzieherninnen und Erziehern in die Tarifgruppe 5 8b, die eine „schwierige Tätigkeit“ voraussetzt. Wall-

mann rechnete außerdem vor, was die Stadt bei der Wiederumkehr von Elterngehalt und Kürzungen der Zuschüsse an die freien Träger sparen würde.

„Der Vorschlag des Rechnungshofpräsidenten zeigt, dass er von der Lebensrealität der Kolleginnen und Kollegen überhaupt keine Ahnung hat“, sagte der GPR-Vorsitzende Christian Barth-Helms. „Ohne den engagierten Einsatz unserer Kolleginnen ist es vielen Familien in Frankfurt nicht möglich, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bekommen“, ergänzte Ralf Fröhlich, Personalratsvorsitzender des Eigenbetriebs Kita Frankfurt. Die Einstellung der Erzieherninnen und Erzieher in die Tarifgruppe 5 8b sei absolut gerechtfertigt – zumal sich die Beschäftigten sonst in Frankfurt schiefer keine Wohnung leisten könnten. FR, 16.02.2022

## Rekommunalisierung der Schulreinigung überfällig!

Aktuelle Stunde im Stadtparlament am 17. Juni 2021 zur GroBrazzia wegen Reinigungsfirma für Frankfurter Schulen – Auszüge

### Stadtverordneter Müller, LINKE:

Im April kam es zu einer GroBrazzia in einer Reinigungsfirma aus dem Rhein-Main-Gebiet. Ziel des Zolls und der Steuerfahndung war dabei die Zerschlagung eines Schwarzarbeitsrings. Durch nicht gezahlte Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern soll ein Schaden von neun Millionen Euro entstanden sein. Laut der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen handelt es sich bei der Firma um die APEG Gebäude-Service GmbH, die an mehr als 50 Frankfurter Schulen mit der Reinigung beauftragt war – Ich frage den Magistrat: Welche Auswirkungen hat die GroBrazzia auf die Reinigung von Frankfurter Schulen, und welche Lehren zieht der Magistrat aus den Vorkommnissen?

### Es antwortet Herr Stadtrat

**Schneider:** Die angesprochene Razzia von Zoll, Steuerfahndung und Staatsanwaltschaft hat tatsächlich in Einzelfällen dazu geführt, dass Reinigungsleistungen nicht mehr erbracht wurden. Es ist dem Amt für Bau und Immobilien jedoch in kürzester Zeit gelungen, durch kurzfristige Beauftragungen anderer Dienstleister Ersatz zu finden, sodass die Unterhaltungserneuerung an den betroffenen Schulen ohne größere Unterbrechungen sichergestellt worden ist. (..)

Die Ersatzbeauftragung ist jeweils für denselben Leistungsumfang bis Ende des Jahres 2021 erfolgt. Für die Folgezeit wird die Unterhaltungserneuerung der jeweiligen Schulen im vierten Quartal 2021 aus-

geschrieben. Um sicherzustellen, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Vorgaben eingehalten werden, wird im Vergabeverfahren bereits zwingend von allen Bietern unter anderem die Bestätigung der Einhaltung der Verpflichtungserklärung zu Tariffreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariffreuegesetz vom 19. Dezember 2014 verlangt. Liegt diese nicht vor, ist der Bieter von dem Vergabeverfahren auszuschließen.

### Zusatzfrage Stadtverordneter

**Müller, LINKE:** Herr Stadtrat Schneider, vielen Dank! Lässt die Tatsache, dass eine zutiefst kriminelle Firma die Reinigung der Frankfurter Schulen ausgeführt hat, nicht darauf schließen,

das es gravierende Lücken im Kontrollmechanismus und in der Vergabepraxis gibt? (...)

#### Stadtrat Jan Schneider:

(...) Es ist gut, dass diese Machenschaften aufgedeckt worden sind, aber ich glaube, dass wir als Stadt Frankfurt nicht etwa einen Fehler gemacht haben, sondern dass wir Opfer krimineller Machenschaften geworden sind. (...)

#### Stadtvordnehmer Müller, LINKE:

(...) Meine Damen und Herren, dabei handelt es sich nicht um ein Kavaliersdelikt. Nach Recherchen des Hessischen Rundfunks hat allein dieses Unternehmen fast 40 Millionen Euro Umsatz durch Aufträge der öffentlichen Verwaltung erwirtschaftet. Um die Schwarzlohnzahlung zu verschleiern, wurden Scheinrechnungen an angebliche Subunternehmer verbucht, die sich auf mehr als 16 Millionen Euro belaufen. Dafür sei aber nie eine Arbeitsleistung erbracht worden. In 55 Fällen wurden sogar aller Wahrscheinlichkeit nach die Gehälter für die Beschäftigten vorenthalten und das Geld in die eigene Tasche gesteckt.

Die öffentliche Hand, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde ausgenommen, und die Beschäftigten wurden zum Teil ausbeutet, deswegen spricht der Zoll zu Recht von Kettenbetrug. Ich spreche jedoch auch von einem Scheitern der Praxis des Outsourcings. Die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen, wie auch Schulgebäude, sind der falsche Weg, meine Damen und Herren. (...)

Vergabeprozess ist kein Nebenschauzettel. Es ist ein zentrales Anliegen. Kommunale Dienstleistungen sind immer noch am besten in öffentlicher Hand aufgehoben. Das ist auch ein Beispiel, dass Schulreinigung eben nicht nebenbei von irgendwelchen Firmen erledigt werden kann, wo man doch eigentlich sagen kann, was früher eine Aufgabe, die man im eigenen Haus organisiert hat. Wenn man dahin wieder zurückkommt, wäre es gut. Das verlangt einen grundlegenden Kurswechsel, wie man kommunale Daseinsvorsorge generell betrachtet, und meine Damen und Herren, die letzten fünf Jahre, die CDU hat es permanent negiert, war kommunale Daseinsvorsorge so etwas wie ein Klotz am Bein. Das kann man durchaus schlanker machen, aber das heißt nicht unbedingt besser.

Von daher plädieren wir dafür, dass man nach diesem Skandal bei der Schulgebäudereinigung einen Kurswechsel einläutert, und ich hoffe sehr auf die neue Koalition, dass sie hier eine andere Politik fährt, weil die CDU in der Vergangenheit das ja verhindert hat.

#### Stadtvordnehmer Podstajny, SPD:

(...) Den Sozialdemokraten sind alle Maßnahmen, die Schwarzarbeit verhindern oder aufdecken und bestrafen, wichtig, und wir unterstützen

und begrüßen das ausdrücklich. Für Sozialdemokraten geht es um gute Löhne. Gute Löhne sind für uns Tariflöhne, möglichst von DGB-Gewerkschaften und anständige sozialversicherte Arbeitsverhältnisse. Hier kommt der Stadt Frankfurt besondere Verantwortung zu. Zuständig ist das ABI, also Stadtrat Schneider. Wir Sozialdemokraten fordern schon seit langer Zeit – und haben das schon im letzten Koalitionsvertrag festgehalten –, dass es eine Vergabestelle gibt, die diese Kriterien entsprechend kontrolliert. (...)

Aber der Grundsatz ist von dem Kollegen Müller angesprochen worden. Man muss nicht das Dogma der Privatisierung der Vergabe leben, sondern Rekommunalisierung sieht die SPD auch als einen zentralen Punkt. Wir würden es gerne voranbringen, aber wir sind auch in dieser Koalition nicht alleine, und da gibt es sehr unterschiedliche Meinungen zu dem Thema. Wir Sozialdemokraten stehen für gute Arbeit und Rekommunalisierung.

#### Stadtvordnehmer Mahn, GRÜNE:

(...) Das Outsourcing von öffentlichen Aufträgen ist hier nämlich nicht vorrangig das Problem. Das Hessische Vergabe- und Tarifrecht verlangt seit 2015, dass Bewerberinnen und Bewerber um öffentliche Aufträge ihren Beschäftigten Tariflohn, in jedem Fall aber den gesetzlichen Mindestlohn zahlen müssen. Das reicht aber nicht. (...)

Wir als Stadt müssen dringend Kontrollmechanismen installieren, die sicherstellen, dass wir keine Aufträge an Firmen erteilen, die lügen, betriegen und Menschen ausbeuten. (...)

Neben dem Leid der Mitarbeitenden ist es aber auch so, dass genau diese Schattenwirtschaft von illegaler Beschäftigung den Wettbewerber zu Lasten der verantwortungsvollen Betriebe verdrängt. Durch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen hat die Stadt die Chance, ihre enorme Nachfragemacht künftig besser zu nutzen. (...)

#### Stadtvordnehmer Steinhardt, CDU:

(...) In jeder Branche gibt es schwarze Schafe. Der erste Fakt ist, dass der Zoll und die Ermittlungsbehörden es hier geschafft haben, eines dieser schwarzen Schafe zu finden und Steuerbetrag in Höhe von neun Millionen Euro aufzudecken. Das ist doch erst einmal eine gute Nachricht. (...)

Der zweite Fakt ist doch, dass die Reinigung an den betroffenen Schulen ohne größere Unterbrechungen sichergestellt worden ist. (...)

Fakt ist es drittens, dass die Verträge inzwischen an allen Schulen vollständig gekündigt wurden und bis Ende des Jahres Ersatzbeauftragungen durch das ABI erfolgt sind. (...)

Der letzte Fakt ist der, dass eigentlich ihre Schlussfolgerung fehlerhaft, Mehraufgaben durch die Stadt erledigen zu lassen. Die öffentliche Hand sollte vor allem in

Bildung, Infrastruktur und Sozialangebote investieren. Reinigung an Schulen hingegen ist mit Sicherheit keine hoheitliche Aufgabe oder kommunale Daseinsvorsorge. In dieser Lage, in der wir uns befinden, wäre es eine Verschwendung von Steuergeldern, wenn die Stadt ernsthaft erwägen würde, eine deutlich teurere, unflexiblere und qualitativ sicherlich nicht bessere städtische Eigenreinigung aufzubauen. (...)

#### Stadtrat Jan Schneider:

(...) Damit möchte ich vor Augen führen: Die Vorstellung, dass man wie zu alter Vater Sirte die Gebäu- de, die man als Stadt hat, mit eigenem Personal putzt, ist völlig illusorisch. Das ist genauso illusorisch wie die Vorstellung, dass man das Schuessen wieder reinholen könnte in einen Eigenbetrieb einer Stadt.

#### Stadtvordnehmer Christann, LINKE:

(...) Es gibt gute Gründe, warum die LINKE sich immer schon für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand einsetzt beziehungsweise für eine Rekommunalisierung der ausgegliederten und privatisierten Daseinsvorsorge kämpft. Jüngstes bekannt gewordenes Beispiel ist die in Rede stehende APEG. Nicht nur Steuerhinterziehung und nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von circa neun Millionen Euro, was hauptsächlich Frauen betreffen und ihre Altersarmut befördern dürfte, sondern zusätzlich der offensichtliche Betrag in zweistelliger Millionenhöhe zum Schaden der Stadt durch Subunternehmen und Scheinfirmen mit Rechnungen für nicht geleistete Arbeit. Das ist nur möglich geworden, weil sich CDU und GRÜNE in Regierungsverantwortung schon seit Jahren auf dem Irrweg der Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge befinden. Wo bleibt die städtische Kontrollstelle zur Vergabe- und Tarifreuekontrolle? Die soll ja nicht nur auf den Baustellen kontrollieren, sondern überall da, wo es um Fremdleistungen für die Stadt geht. Diese Kontrollstelle, jahrelang von Stadtkämmerer Becker hinausgezögert, weil angeblich kein Fachpersonal zu finden war, obwohl die Gewerkschaften voll davon sind, arbeitet offenbar auch nicht ordnungsgemäß, obwohl durch ihre Arbeit viel Sanktionsgeld in die städtische Kasse kommen könnte.

Nicht nur die Nichterfüllung der Kontrolle der Tarifreue durch die Stadt Frankfurt trotz Regelung im alten Koalitionsvertrag, nun auch noch die geplante Verschlechterung des Hessischen Tarifreue- und Vergabegesetzes durch Schwarz-Grün, in dem nun auch Sanktionen gestrichen werden sollen. Das sind Katastrophen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und öffnen Firmenden die Tür für Betrug und Steuerhinterziehung. Die Stadt hat die illegale Beschäftigung finanziert. (...)

[https://www.stvfrankfurt.de/PARUSLNKI/DDW?w=DOK\\_NAME=%27F\\_60\\_2021%27](https://www.stvfrankfurt.de/PARUSLNKI/DDW?w=DOK_NAME=%27F_60_2021%27)



## Sparen bei der Bildung kommt Frankfurt teuer

Der GEW Bezirksverband Frankfurt warnt eindringlich vor Kürzungen im Bildungsbereich, insbesondere bei der frühkindlichen Bildung. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wendet sich entschieden gegen angelegentliche Kürzungen im Bildungsbereich.

Der Frankfurter Haushaltsentwurf sieht ab 2023 rund 70 Millionen Euro an jährlicher Einsparung in diesem Bereich vor.

„Uns erreichen immer mehr Aussagen von Erzieherinnen und Erziehern, die sich und ihre Arbeit überhaupt nicht wertgeschätzt sehen“, legt Laura Preusker, Co-Vorsitzende der Frankfurter GEW, fest. Viele Beschäftigte machen sich Gedanken, ob sie das Berufsfield nicht verlassen sollten, da sie wegen der aktuellen Arbeitsbedingungen keine Perspektive mehr für sich sehen. „Eine Verschlechterung der Fachkraft-Kind-Relation durch eine Vergrößerung der Kindergruppen wäre eine fatale Entscheidung“, fährt Preusker fort. „Das würde den gravierenden Fachkräftemangel mit Sicherheit noch drastisch verschärfen.“

Ergänzend stellt Sebastian Guttmann, Co-Vorsitzender des

GEW Bezirksverbands Frankfurt fest: „Der damit verbundene Qualitätsverlust in der frühkindlichen Bildung geht direkt zu Lasten der Kinder und Familien. Wenn es um die Öffnung von Bildungseinrichtungen geht, wird immer und auch zurecht auf deren Bedeutung für die Entwicklung der Kinder Bezug genommen. Erstaunderstärkterweise endet diese Argumentation sofort, wenn es um Geld geht. Nimmt man die langfristigen Folgekosten in den Blick, übertreffen diese das Einsparpotential im Bildungsbereich um ein Vielfaches.“

Der GEW Bezirksverband Frankfurt fordert schon lange eine Rücknahme der Gewerbesteuererhöhung, die für die Stadt zu deutlichen Mehreinnahmen führen würde. Jetzt zeigt sich erneut, wie dringend diese Einnahmen gebraucht würden. Die regierende Koalition sollte ihr kategorisches Nein zu zusätzlichen Einnahmen noch einmal überdenken – offensichtlich werden sie für eine positive Gestaltung der Zukunft dringend gebraucht.

Pressemittlung des BV vom 24. Februar 2022

**Statt 70 Millionen bei der Bildung zu kürzen, wären 2021 137 Millionen Euro Mehreinnahmen möglich gewesen!**

**Statt hat seit 2007 auf fast zwei Milliarden Euro an Gewerbesteuererinnahmen verzichtet!**

2,1 Milliarden Euro hat Frankfurt 2021 an Gewerbesteuer eingenommen. Wäre der Gewerbesteuerhebesatz, wie von vielen gefordert, wieder auf das Niveau von vor 2007 angehoben worden, hätte die Stadt rund 137 Millionen Euro mehr Einnahmen gehabt. Bis 2006 betrug der Hebesatz noch 490, was einem Multiplikator von 4,9 auf die Gewerbesteuer entspricht. Seit 2007 hat die Stadt Frankfurt auf Schätzungsvermeidung rund zwei Milliarden Euro freiwillig verzichtet. Jede und jeder kann sich ausmalen, was man damit hätte finanzieren können. Die großen Unternehmen als Hauptsteuerzahler wären angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt worden. Aber eine verbotene Ideologie verhindert bis heute die Verbesserung der Einnahmen durch Rücknahme der Hebesatz-Senkung von 2007. Viel leichter scheint es zu sein, im Haushalt zu kürzen.

# Demokratisch – Kompetent – Streitbar



**WIR DANKEN FÜR EUER VERTRAUEN !**

## GEW-Mitglieder im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Name	Schule	e-Mail Adresse
Christina Avellini	Adornogymnasium	christina.avellini@gew-frankfurt.de
Meike Bär	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	meike.baer@gew-frankfurt.de
Lea Brückner	Berkerheimer Grundschule	lea.brueckner@gew-frankfurt.de
Heidi Francisczok	Elsa-Brändström-Schule	heidi.francisczok@gew-frankfurt.de
Bine Friedrich	Panoramashule	bine.friedrich@gew-frankfurt.de
Daniel Gnida	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	daniel.gnida@gew-frankfurt.de
Enis Güleğen	Philipp-Holzmann-Schule	enis.guelegen@gew-frankfurt.de
Sebastian Guttman	BFZ Frankfurt-West	sebastian.guttman@gew-frankfurt.de
Susanne Hüttig	Stauffenbergschule	susanne.huettig@gew-frankfurt.de
Dirk Kretschmer	Max-Beckmann-Schule	dirk.kretschmer@gew-frankfurt.de
Heide Krodell-Johne	Viktor-Frankl-Schule	heide.krodell-johne@gew-frankfurt.de
Zahreen Mahmood	Walter-Kolb-Schule	zahreen.mahmood@gew-frankfurt.de
Frauke Matthes	Bergjusschule	frauke.matthes@gew-frankfurt.de
Laura Preusker	Münzenbergerschule	laura.preusker@gew-frankfurt.de
Ingeborg Ulrich	Schule am Ried	ingeborg.ulrich@gew-frankfurt.de
Katja Weber	Ernst-Reuter-Schule II	katja.weber@gew-frankfurt.de
Henrich Zorko	Ernst-Reuter-Schule II	henrich.zorko@gew-frankfurt.de
<b>Gesamtpersonalratsbüro</b>	gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de oder 069-38989185 Stuttgarter Straße 18–24, 60329 Frankfurt	
<b>Zuständigkeiten</b>		
<b>Vorsitzendenteam</b>	Meike Bär und Sebastian Guttman	
<b>Arbeits- und Gesundheitsschutz</b>	Meike Bär und Heide Krodell-Johne	<b>Fragen von Tarifbeschäftigten</b> Bine Friedrich und Heide Krodell-Johne
<b>Beratung bei länderübergreifenden und hessenweiten Versetzungen</b>		
<b>Berufliche Schulen:</b>	Susanne Hüttig	<b>Grundschulen:</b> Heidi Francisczok und Laura Preusker
<b>Gesamtschulen:</b>	Katja Weber	<b>Gymnasien:</b> Christina Avellini
<b>Haupt- u. Realschulen:</b>	Katja Weber	<b>Sonderpädagogik:</b> Sebastian Guttman

## Impressum [info@gew-frankfurt.de](mailto:info@gew-frankfurt.de)

**FLZ** vom Frankfurter Lehrereizung  
**Herausgeber** Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bismarckstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19; E-Mail: [info@gew-frankfurt.de](mailto:info@gew-frankfurt.de)

**Bürozeiten** Geschäftsstelle des Bezirksverbandes: dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr, donnerstags 14 bis 18 Uhr

**Vorsitzendenteam** Sebastian Guttman, Laura Preusker

**FLZ-Team** Christine Krenning-Greiter, Jessica Peters, Herbert Störn

**Rechtsberatung** Heide Krodell-Johne, Daniel Gnida, Thomas Sachs, montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.

**Satz & Layout** Karin Dienst, Christian Häußler

**Druck** (ORD) – Oberhessische Rollen-Druck GmbH

**Auflage** ca. 5000

**Erscheinungsweise** 4 bis 5 mal jährlich

**Fotos** wenn nicht anders angegeben: FLZ

Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgedeckt.

**Redaktioneller Hinweis:** Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als informierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.

Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.

Redaktionsschluss Nr. 2-22: [siehe homepage](http://www.gew-frankfurt.de)

## Nachrichten aus dem

### Pandemiegeräte/dienstliche Email/Digitales

Vor kurzem haben die Kolleg\*innen, die wegen der fehlenden technischen Voraussetzungen gegen die Verpflichtung zur Nutzung der dienstlichen Email remonstriert haben, ein Antwortschreiben bekommen, in welchem nur zu lesen war, dass alles rechtens sei. Man fühlt sich wie in dem Film „Täglich grüßt das Murmeltier“. Der Stand ist nämlich nach wie vor derselbe: Es gibt ungeklärte technische Voraussetzungen und deshalb ist es nicht zulässig, Kolleg\*innen von Kommunikation oder Information auszuschließen, indem man nur die dienstliche Email verwendet. Es muss also mindestens einen alternativen Weg der Informationen geben (siehe Dienstvereinbarung elektronische Kommunikation, zu finden auf unserer Homepage).

Hier noch einmal in Kürze die Problemstellungen, die wir mit dem Amt erneut thematisiert haben:  
 n Sozialpädagogische Fachkräfte, UBUS und einige Kolleg\*innen haben noch gar kein „Pandemiegerät zur Unterstützung des Distanzunterrichts“. Man war ja auch nicht verpflichtet, sich eines zu bestellen. Und um sich eines zu bestellen, musste man übrigens eine dienstliche Emailadresse angeben. Die man ja noch gar nicht ohne Nutzung privater Geräte eingerichtet haben konnte, weil man ja noch kein Pandemiegerät hatte ...

n Tatsächlich blieben für diese Kolleg\*innen nur die privaten Geräte, die zu nutzen man nicht verpflichtet werden kann, und die schulischen stationären Geräte. Bei Letzteren ist es aber unzulässig, dass der Authenticator für die zwei-Faktoren-Authentifizierung im pädagogischen Netz auf diesen Geräten installiert wird, so sagen es uns die IT-Beauftragten, die hierzu mit der Stadt kommuniziert haben. Auch auf den Pandemiegeräten scheint es so zu sein, dass der Authenticator nicht (immer) vorinstalliert ist; ob Kolleg\*innen selbst etwas installieren können, ist unklar. Das heißt, diese Form der Anmeldung bei der dienstlichen Email ist also auch nicht (legal und ohne Nutzung privater Zweiteilgeräten (Smartphones) möglich.

Zu diesen Sachverhalten sagt das Schreiben nichts. Wir bleiben deshalb bei unserer Haltung und haben dem Amt dies auch mitgeteilt (und keinen Widerspruch gehört): Solange diese Dinge nicht geklärt sind, kann eine Verpflichtung zur Nutzung der dienstlichen Email nicht real stattfinden, und es darf auch keine Kolleg\*in von Informationen ausgeschlossen werden. An den Schülern muss ein alternativer Weg der Informationsweitergabe bestehen bleiben: Beispielsweise eine Papierversion im Mitteilungsordner.

Und immer noch gilt: wir sind NICHT gegen eine dienstliche Email. Wir haben sie seit zehn Jahren gefordert. Wir möchten aber bitte eine funktionsfähige, komfortable, alle Beschäftigten einschließende und die Standards elektro-

nischer Kommunikation, wie sie in Deutschland möglich sein muss, erfüllende Version davon. Und das bedeutet: echte, personalisierte dienstliche Geräte mit genügend Speicherplatz und Arbeitspeicher für alle Beschäftigten im Schulbetrieb, eine Lösung für die 2FA, die kein privates Zweiteilgerät bedingt und eine Emailversion, die eigenmächtig bequ岸 und nach den üblichen Mindeststandards funktioniert, was Anhang, Funktionen, Fehlerfreiheit und Erreichbarkeit angeht.

### Mehrarbeit

Auch ein Thema, das immer wieder auf der Tagesordnung steht, ist die für alle Kolleg\*innen immer wieder anfallende Mehrarbeit, die in der Regel unbezahlt bleibt. Damit sie zumindest nicht ungehört bleibt, thematisieren wir dies immer wieder gegenüber dem Amt.

Nachdem im letzten Jahr geklärt war, wie Beantragung und Abrechnung von zusätzlich zum Präsenzunterricht erteiltem Distanzunterricht erfolgt, gibt es hier aktuell wohl wieder Schwierigkeiten, denen wir nachgehen. Sobald geklärt ist, ob bzw. unter welchen Bedingungen in diesem Jahr abgerechnet werden kann, informieren wir darüber. Bezahlung von Mehrarbeit ist natürlich in gewissem Sinne nur eine Anerkennung für die geleistete zusätzliche Arbeit; dringend gebraucht würde Entlastung, um diese Arbeit gut leisten zu können.

Vor diesem Hintergrund sind wir auch über die geplanten Kürzungen der Frankfurter Regierungskoalition im Bildungsbereich für das kommende Jahr empört. An den Schülern wird mehr Unterstützung in allen Bereichen gebraucht, da verbieten sich Einsparungen, egal ob in den Schulkontraktatien, bei der Digitalisierung, Schulsozialarbeit oder aber im frühkindlichen Bildungsbereich. Im Gegenteil, im Gesundheitsbereich muss mehr investiert werden!

### Pädagogische Tage

Das Staatliche Schulamt hat uns gegenüber bestätigt, dass es zwar eine Themenpriorisierung für Digitalisierung durch das Hessische Kultusministerium gebe, dass aber keineswegs die Wahl anderer Themenschwerpunkte ausschließe. Insbesondere der Bereich der Lehrkräftegesundheit wird als sinnvoll eingeschätzt und soll in der Regel genehmigt werden.

### Luftfilter

Obwohl man immer wieder Verlautbarungen darüber hört, die nahelegen, dass es nicht mehr lange dauern, sind unseres Wissens noch keine Geräte aus der europaweiten Ausschreibung zur Versorgung der 1–6. Klassen an den Frankfurter Schulen angekommen. Da aber auch auf diesem Frühling der nächste Herbst folgen wird, bleiben wir dran, bis die Luftfilter da sind.

### Dienstvereinbarungen

Zwei unserer schon länger bestehenden Vereinbarungen haben wir



## Gesamtpersonalrat

aktualisiert und mit dem Staatlichen Schulamt erneut abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um die „Dienstvereinbarung SuCh“ und die „Dienstvereinbarung Mobbing“. Beide sind unter <https://schulaemter.hessen.de/standorte/frankfurt-am-main/zustandigkeiten/gremien/gprll> zu finden und sollen auch in den Schulen und Kollegien vorgestellt werden, damit deren Inhalt

te allen Frankfurter Kolleg\*innen bekannt sind.

### Durchführung der Abschlussprüfungen

Es ist zu erwarten, dass auch dieses Jahr die Abschlussprüfungen nicht unter „Normalbedingungen“ stattfinden können, bzw. es für Lehrkräfte und Schüler\*innen keine normalen Prüfungen sein werden. Allein

schon die erhöhten Unterrichtsausfälle der beiden vergangenen Jahre legen dies nahe. Inwiefern Hessen die Möglichkeiten, die sich aus den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz ergeben, nutzen wird, ist noch nicht klar. Wir haben von einer Verlängerung der Prüfungszeiten und einem zusätzlichen Auswahlvorschlag vernommen, was wir (vor allem im Hin-

blick auf eine notwendige Entlastung der Lehrkräfte) für nicht ausreichend halten. Vieles, was möglich ist, liegt auch in der Hand des Kultusministeriums. Dennoch ist es uns wichtig, zu erwartende Probleme auch mit dem Staatlichen Schulamt zu erläutern und hier eine höhere Sensibilität zu erreichen, wenn dann konkrete Probleme auftauchen. Bei den „Nach-Nach-Prü-

fungen“ im Abitur, bei denen die Kolleg\*innen in kurzer Zeit neue Prüfungsaufgaben erstellen sollen, wir im letzten Durchgang eine deutliche Steigerung (durch Quarantäne und Erkrankung) zu sehen. Hier will das Staatliche Schulamt darauf achten, dass sich in diesen Fällen Schulen zusammen und gemeinsame Aufgaben erstellen können. Arbeitsschutz

## Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

### Corona

Corona-Sonderzahlungen, die zu Lasten des Schulbudgets verbucht werden und Schulen in die finanzielle Schieflage bringen, will das HKM ermitteln und Abhilfe schaffen.

LV, deren Vorbereitungsdiens am 31. Januar 2022 endete, ohne eine Corona-Sonderzahlung erhalten zu haben, bekommen die Auszahlung vermutlich noch im Februar.

Keine neuen Informationen gibt es über einen möglichen Zugang zu ISIS-Plattform für den HPRL und die GPRLL.

Zu den fehlenden Waschbecken bei Schulneubauten erklärt das HKM, dass Waschbecken in den einschlägigen Bau Richtlinien tatsächlich nicht zwingend seien, will das Problem aber in Gespräche mit den Verantwortlichen vor Ort einbringen.

Das HKM erklärt, dass in den kommenden Monaten ausreichend Testkapazitäten auch für geimpfte und genesene Lehrkräfte und soz.päd. Fachkräfte an Schulen vorhanden seien.

Der von allen Gewerkschaften und Verbänden auf Bundesebene formulierten Forderung nach Priorisierung von Lehrpersonal bei der PCR-Testung hat sich der HPRL angeschlossen. Das HKM verweist darauf, dass solche Entscheidungen an anderer Stelle getroffen würden.

Den Wechsel der verwendeten Tests von der Firma Siemens zu Safecare Biotech begründet die Dienststelle mit Lieferengpässen bei Siemens. Entgegen der Einwände des HPRL zur niedrigeren Sensitivität der Tests verweist das HKM darauf, dass diese durch das Paul-Ehrlich zugelassen worden seien. Erneut weist der HPRL darauf hin, dass KiTa und Schulen durchaus als Pandemietreiber gelten müssen.

Der HPRL begrüßt die Möglichkeit der Beschaffung von Loli-Tests in besonderen Fällen. Allerdings gestaltet sich das Beantragungsverfahren sehr aufwändig und die Beschaffung muss aus dem Schulbudget finanziert werden. Das HKM begründet dies mit dem Ausnahmecharakter des Verfahrens. Da die StChA von Beginn an eingebunden seien, werde auch nicht mit Konflikten bei der Frage des Ausgleichs des Budgets gerechnet, so sei auch die Intention des HKM.

Auf die Forderung des HPRL, die Stornokosten für die bis Ostern geplanten Klassenfahrten durch das

HKM zu übernehmen, hat das HKM bisher nicht reagiert.

Der HPRL kritisiert die Planung des Landes, die Maskenpflicht am Sitzplatz entfallen zu lassen (Coronavirus-Schutzverordnung ab dem 4.3.22), was der HPRL erneut aus der Presse erfahren musste, als verfrüht und riskant. Zudem sei diese Terminsetzung deutlich vor dem auf Bundesebene angekündigten Wegfallen der Rechtsgrundlage für die Maskenpflicht am 20. März 22. Das HKM erklärt hierzu, dass es sich um einen Kabinetts-Beschluss handle, auf den es auch keinen unmittelbaren Einfluss habe. Lokal könnten Gesundheitsämter trotzdem das Tragen von Masken anordnen, je nach Infektionsgeschehen vor Ort.

Grundsätzlich arbeite das HKM derzeit an verschiedenen Themenblöcken für Öffnungsschritte, wobei noch unklar sei, ob diese über Novellierungen des Hygieneplans kommuniziert werden sollen, oder ob der Minister diese selbst verkünden wolle.

### Abschlussprüfungen 2022

Grundlage der Erörterung war der Beschluss der KMK vom 21. Dezember 2021 zu den Abschlussprüfungen 2022. In diesem werden die Optionen benannt, die Bundesländer für ihrer Abschlussprüfungen zur Verfügung haben, um auf die coronabedingten Fraktionen zu reagieren. Für Hessen bedeutsam sind folgende Punkte:

– „Reduzierung der Anzahl von Klassenarbeiten/Klausuren zur Gewinnung von mehr Lernzeit“  
Hierzu erklärt das HKM, dass es die Regelungen zu den alternativen Lernleistungen gebe. Eine weitere Reduzierung von Klassenarbeiten oder Klausuren sei nicht vorgesehen.  
– „Präzisierung der länderinternen Prüfungsinweise, z.B. Schwerpunktsetzungen oder Ermöglichung von Wahlthemen“

Der HPRL erneuert seine Forderung, curriculare Vorgaben coronabedingt „abzuspecken“. Das HKM antwortet hierauf, dass dies beispielsweise beim Abiturerlass schon erfolgt sei, nämlich durch den Wegfall von geforderten Bereichen im Halbjahr. Das kritisiert der HPRL als nicht ausreichend.  
– „Bereitstellung einer höheren Anzahl von Prüfungsthemen zur Auswahl und/oder entsprechende Erhöhung der Arbeits-/Auswahlzeit (Zeitzuschlag um 30 Minuten)“

„Auswahl von zentral gestellten Prüfungsaufgaben durch die Schulen“

Beides solle in diesem Jahr ebenfalls erfolgen, sagt das HKM. In der Diskussion sei, inwiefern Schülerinnen und Schüler bei der Auswahl der Aufgabenvorschläge beteiligt werden könnten; dies sei eine Forderung der ISV. Das ist aber deshalb problematisch, weil durch die Verlagerung der Auswahloptionen den Lehrkräften die Möglichkeiten beschnitten wird, nicht im Unterricht behandelte Inhalte auszuschießen.

Eine Veränderung des Erlasses zur Gewährung von Korrektururen im Abitur sei vom HKM nicht angedacht.

### Qualifizierung für Schulleiterinnen und Schulleiter in Hessen vor Amt (QSH)

Der HPRL hat das vorliegende Konzept zur Novellierung von QSH zur Kenntnis genommen. Es sieht ein sogenanntes „hybrides Format“ mit digitalen Anteilen vor und Veränderungen innerhalb des Kompetenzprofils. Die vom HPRL geforderte Berücksichtigung der Beteiligungsrechte finden sich im entsprechenden Modul.

### Anerkennung / „Gleichstellung“ von Abschlusszeugnissen

Der HPRL erläutert, dass im vergangenen Schuljahr aufgrund der Pandemie-Situation etliche mangelhafte und/oder ungenügende Leistungen bei SuS festgestellt worden seien, die in Folge dessen aus pädagogischen Gründen aber versetzt worden waren, z.B. auch aus der Jahrgangsstufe 10 in die P-Phase. Wenn SuS aber jetzt feststellen, dass ihnen in der aktuellen Jahrgangsstufe die Grundlage zur Weiterarbeit fehlt und sie deshalb vorhaben, die Schule zu verlassen, stelle sich Frage der Gleichstellung mit dem mittleren Abschluss.

Das HKM antwortet, alle Verzerrungen der Klasse 10 in die E-Phase seien mit der Gleichstellung des mittleren Abschlusses verbunden. Auf die Frage der „Heraufstufung“ von Notenwerten in den Bildungsgängen gibt das HKM jedoch keine Antwort. Hier brauche es konkretere Fälle, die jeweils zu beurteilen seien. Gleiches gelte für die Fragen des Erreichens des Haupt- und Realschulabschlusses. Das HKM sichert zu, eine entsprechende Klärung an die StChA weiterzugeben.

### Ostercamp 2022

Erstmals wurde die seit über einem Jahr durch den HPRL vorgetragene Forderung in den Erlass aufgenommen, dass über die Teilnahme an einem Lerncamp die Gesamtkonferenz zu beschließen hat! Der HPRL fragte zudem schriftlich nach den Konditionen der Vergütung von UBUS-Fachkräften, die in den Unterlagen nicht geklärt werden.

### Verdopplung der Kostenobergrenzen für Schulwanderungen und Schulfahrten („Vorriffs-erlass“)

Der HPRL begrüßt die Anhebung der Kostenobergrenzen für Schulfahrten, kritisiert aber den Verzicht auf Anspannlar bis zu bestimmten Summen. Die endgültige Regelung soll frühestens zum 1. Januar 2023 erfolgen. Dann sollen auch die weiteren Kritikpunkte des HPRL berücksichtigt werden.

### Einheitlicher Schulzugang (ESZ) „Schul-ID“

Fürher kann die Dienststelle noch immer keine neuen Informationen liefern, da die Abstimmung mit dem HBdI andauere.

### Planungen des HKM zum Übergang von dienstlichen Leihgeräten zu dienstlichen Endgeräten

Nach Planungen des HKM sollen spätestens Ende 2025 alle Lehrkräfte ein Endgerät erhalten, sozialpädagogische Fachkräfte seien auf der Fachebene in die Planungen einbezogen worden, aber noch nicht geklärt. Grundsätzlich orientiere sich das HKM an einem Beschaffungszyklus von fünf Jahren.

Bis zum Sommer 2022 sollen Anmeldungen zum Einsatz der Leihgeräte aus den verschiedenen Schulformen eingeholt werden, um daraus „Konzepte zur Bereitstellung mobiler Endgeräte“ entwickeln zu können. In den verschiedenen Schulformen seien diverse „Expertengruppen“ eingerichtet worden. Laut HKM ist die Richtgröße für die Beschaffung die Anzahl der Lehrkräfte, unabhängig von ihrem Stundenumfang.

Der HPRL fragt nach der Zustimmung für den problematischen IT-Support, insbesondere ab 2023, da die Geräte ja nicht mehr im Besitz der Schuldträger, sondern im Besitz des Landes Hessen sein werden. Laut HKM ist noch nicht geklärt, wem die Geräte dann gehören werden. Bis Ende des Digitalpakts solle

laut HKM eine Lösung gefunden werden, eventuell mit Unterstützung durch zusätzliche IT-Verwaltungsfachkräfte.

Der HPRL fragte erneut nach dem Stand der Rahmendiensvereinbarung zu den dienstlichen Leihgeräten, worauf das HKM antwortete, es liege nun eine mit den Juristinnen des HKM abgestimmte Version vor, die sich in der Endabstimmung befindet.

### Erlasse zur Struktur der Funktionsstellen an allgemeinbildenden Schulen und Schulen für Erwachsene und beruflichen Schulen

Die geplanten Änderungen sind minimal: Die Ausstattung der Grundschulen soll durch die Anrechnung von Schülerinnen und Schülern der seit 2021/22 verpflichtenden Vorkaufkurse an Grundschulen mit dem Faktor 0,5 geringfügig verbessert werden. Der HPRL hat dem zugestimmt.

Analog zur Änderung im Bereich der allgemeinbildenden Schulen soll hier zur Berechnung der Anzahl der Funktionsstellen der Faktor auf 0,5 für alle Schülerinnen und Schüler, die in Teilzeit unterrichtet werden, erhöht werden.

### Verordnung und Erlass zur Neuregelung von Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug (PuSch-Nachfolgeprogramm)

Das HKM verweist darauf, dass Hessen mit die geringste Schlabrecherquote in Deutschland habe. Die Ressource des Europäischen Sozialfonds bei PuSch habe für die gesamte Förderzeit von sieben Jahren 18,6 Millionen Euro betragen. Es sei nun gelungen, für die kommende Förderperiode 23,1 Millionen Euro zu erhalten. PuSch B (berufliche Schulen) sei in das Landesprogramm BUA 2.0 übergegangen.  
(siehe nachstehenden Beitrag)

### Weiterbildungskurse

„Islamunterricht“ als Schulversuch in der Grundschule und in der Sek.I soll in Kooperation mit den Universitäten Frankfurt und Gießen fortgesetzt werden. Es gehe hier nach vor um einen bekennnisfreien Unterricht, für den keine Lehreraufnahme der Religionsgemeinschaften vorliegen müssen.

Für die Unterrichtsachfrage Katholische Religion und Informatik problematisiert der HPRL Wochenend- und Ferientermine und fordert, die Materialkosten zu streichen.

# PuSch – Licht und Schatten

## die nächste Förderperiode steht bevor

Das Hessische Kultusministerium plant, die „Praxis und Schule“ (PuSch)-Maßnahme ab dem nächsten Schuljahr in leicht veränderter Form fortzusetzen, dazu hat es den Entwurf einer Verordnung sowie einen Ausführungslass vorgelegt. Für die Schuljahr 2022 bis 2028 sind folgende Änderungen vorgesehen: Die Mindestzahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse wird von 13 auf 10 und die Höchstzahl von 18 auf 16 reduziert. Die sonderpädagogische Betreuung wird von einer halben auf eine ganze Stelle aufgestockt. Außerdem können jetzt auch Jugendliche mit festgestelltem Anspruch auf sonderpädagogische Förderung aufgenommen werden.

Ansonsten ändert sich nichts. Die Maßnahme kann ein oder zwei Jahre dauern. Sie muss in einer eigenen Klasse durchgeführt werden und kann nur erfolgen, wenn mindestens eine parallele Regelklasse vorhanden ist. Auch die Verteilung der Unterrichtsstunden und der betrieblichen Praktikumsanteile bleibt gleich, ebenso wie ein Praxistag in einer beruflichen Schule.

Das Parallelprojekt „PuSch B“ an berufsbildenden Schulen soll hingegen nicht fortgesetzt werden.

### Die GEW bezieht Stellung: Licht und Schatten

Die Hessische GEW hat zu den oben genannten Entwürfen eine Stellungnahme abgegeben, in der Sie die Maßnahmen zur Verkleinerung der Gruppengrößen und der Verdoppelung der Stelle der/des Sozialpädagogen\*in begrüßt, aber die Einschränkungen des Fachunterrichts kritisiert. „Rückblickend“ so die GEW – „ließe sich feststellen, dass eine Maßnahme wie Push im Rahmen des in Hessen praktizierten gegliederten Schulsystems Erfolge vorweisen kann, weil gu-

te Rahmenbedingungen – relativ kleine Lerngruppen, gute Lehrerversorgung und intensive zusätzliche Betreuung durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen – vorhanden waren. So ist es gelungen, die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die einen Hauptschulabschluss erreicht haben, deutlich zu steigern“.

Der mit der Einführung von PuSch eingeschlagene Weg bedeutet jedoch auch, dass weiterhin ein mehr an betrieblicher Praxis in das ohnehin anspruchsvolle 9. Schuljahr gepackt wird, ohne dass sich die Schulbesuchzeit insgesamt verlängert. „Bei einer zweijährigen Durchführung gehen die Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug sogar bereits in der Jahrgangsstufe 8 deutlich auf Kosten des Fachunterrichts. Die vorgesehene Stundenzahl insbesondere in den Naturwissenschaften fällt dann deutlich geringer aus. Dies ist kontraproduktiv, da gute Kenntnisse in diesen gerade in den typischerweise angestrebten Berufsfeldern von elementarer Bedeutung sind. Ähnliches gilt für die Reduktion des Bereichs Politik und Wirtschaft auf zwei Stunden. Die hohe gesellschaftliche Bedeutung die diesen beiden Feldern aktuell zu kommt muss sicherlich nicht noch einmal extra aufgeführt werden!“

Darüberhinaus weist die GEW auf folgende Probleme hin:

n Für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, die aus einer Intensivmaßnahme in eine Lerngruppe mit erhöhtem Praxisbezug übergehen, ist eine Fortsetzung der Sprachförderung sicherzustellen.

n Insbesondere in den Gesamtschulen sollte es keinesfalls zu einer Ausweitung der Differenzierung nach vorne, also ab Jahrgang 8 kommen. Vielmehr sollte die Bil-

dung dieser Lerngruppen auf den Jahrgang 9 beschränkt bleiben.

n Die Öffnung für Schülerinnen und Schüler mit einem festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf darf nicht dazu führen, dass sich Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug zu einem Auffangbecken primär für diese Gruppe entwickeln, denn dies würde dem Ziel eines inklusiven Schulsystems widersprechen.

n Die begriffswerte Gewinnung der benötigten sozialpädagogischen Fachkräfte kann sich, aufgrund des Mangels in den sozialpädagogischen Berufen, schwierig gestalten. Daher muss sichergestellt werden, dass hierzu nicht beispielsweise die einer Schule beschäftigte UBUS-Kraft herangezogen wird.

### Die Streichung der Maßnahme an berufsbildenden Schulen wird scharf verurteilt.

Dass an den berufsbildenden Schulen dieses zusätzliche Förderprogramm komplett gestrichen wird, ist ein Skandal. Im Rahmen von PuSch B wurden zum Teil auch noch 19-jährige besuch. Weiterhin wechselten auch ehemalige BÜA-Schülerinnen und Schüler in PuSch B. Dies geschah dann, wenn sie nach dem ersten Jahr BÜA abgehen mussten und keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Auch jugendlichen Seiteneinsteigern, die nicht mehr schulpflichtig sind, wird damit eine gute Chance zum Erreichen eines Abschlusses und zur Verbesserung ihrer künftigen beruflichen Integration verwehrt.

Schlussendlich gibt es – so die GEW – „insgesamt deutlich mehr Schülerinnen und Schüler, die einer gezielten Förderung zum Erreichen des Hauptschulabschlusses bedürfen, als es Angebote für diese Zielgruppe gibt.“

Christoph Baumann



## Berlin macht's vor: Lehrkräfte im Warnstreik für kleinere Klassen



Über 500 Lehrkräfte aus 28 Berliner Schulen sind am 6. Oktober 2021 dem Warnstreik-Aufmarsch der GEW BERLIN gefolgt und haben ganztägig ihre Arbeit niedergelegt. Die GEW BERLIN fordert den Abschluss eines Tarifvertrages zum Gesundheitsschutz, in dem das Verhältnis von Schüler\*innen zu Lehrkräften und damit die Klassengröße an alleingebildenden und berufsbildenden Schulen geregelt wird.

„Das Ziel unseres Tarifvorhabens ist eine Verkleinerung der Klassen. Kleinere Klassen bedeuten eine geringere Arbeitsbelastung und tragen zum Gesundheitsschutz der Lehrkräfte bei. Von kleineren Klassen profitieren aber natürlich auch die Schülerinnen und Schüler“, erklärte Anne Albers, Leiterin des Vorstandsbereichs Beamt\*innen, Angestellten- und Tarifpolitik in der GEW BERLIN.

Eine Befragung unter angestellten Lehrkräften an Berliner Schulen zeigt, dass die Klassengröße aus Sicht der Kolleg\*innen die wirksamste Stellschraube bei der Senkung der Arbeitsbelastung ist. „Weniger Lärm, weniger Vor- und Nachbereitung, weniger Korrekturaufwand – Entlastung entsteht durch kleinere Lerngruppen, das sagt die Praxiserfahrung der Kolleg\*innen“, erklärte Albers. „In kleineren Klassen bleibt mehr Zeit für die Kern-

aufgaben von Lehrer\*innen: Unterricht, Beziehungsarbeit, individualisierte Förderung“, unterstrich Albers.

Im Juni hatte die GEW BERLIN Finanzsenator Matthias Kolatz und Bildungsministerin Sandra Scheeres dazu aufgefordert, Tarifverhandlungen über einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz aufzunehmen. „Der Finanzsenator hat unsere Forderung abgelehnt. Mit dem Verweis auf die Zuständigkeit des Arbeitgeberverbandes TdL zieht sich der Finanzsenator aus der Verantwortung“, sagte der Leiter des Vorstandsbereichs Beamt\*innen, Angestellten- und Tarifpolitik, Udo Mertens. „Die Rechtmäßigkeit unseres Streiks zweifelt auch die Senatsfinanzverwaltung wohl nicht an. Auf eine Klage haben sie dieses Mal verzichtet. Wen wundert's; Maßnahmen, die auf einen besseren Gesundheitsschutz der Beschäftigten zielen, indem sie durch eine günstigere Personalbemessung zur Entlastung sorgen, sind nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts tariffähig regelbar. Die Hausaufgaben in seinem Arbeitgeberverband muss der Finanzsenator selber machen. Auch das hatten ihm die Gerichte schon 2013 gesagt“, erklärte Mertens.

Anne Albers, bbb  
Fotos: Christian von Polentz / GEW Berlin



Liebe Eltern, am Dienstag, den 8. März 2022 bleibt unsere Einrichtung wegen eines Warnstreiks geschlossen.

Die Entscheidung, in den Streik zu gehen, ist uns als KiTa-Personal sehr schwergefallen. Wir wissen, dass dies bedeutet, dass Sie erneut die Betreuung organisieren müssen und die Kinder nicht zu uns kommen können. Aber wir sehen keine Alternative zum Warnstreik. Die Arbeitgeber zwingen uns leider zu diesem Schritt.

(...) Wir wollen die beste frühe Bildung für ihre Kinder, aber dafür braucht es bundesweite Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Bereichen des Sozial- und Erziehungsdienstes. Denn es geht darum, die Betreuung ihrer Kinder auch in Zukunft zu sichern. (...)

In den öffentlichen Kitas herrscht ein großer Fachkräftemangel. Wir brauchen dringend mehr Kolleginnen und Kollegen für die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst. Motivierte Kolleginnen und Kollegen für die Sozial- und Erziehungsbereufe können aber nur gewonnen werden, wenn die Arbeit attraktiv ist. Das gilt insbesondere für Frauen. Dafür benötigen wir bessere Arbeitsbedingungen, eine finanzielle Aufwertung und mehr Zeit für unsere pädagogische Arbeit. Die gewerkschaftlichen Forderungen sol-

len die Sozial- und Erziehungsbereufe aufwerten. (...)

Doch die Arbeitgeber blockieren. Sie sagen zwar, dass der öffentliche Dienst in den vergangenen zwei Jahren unverzichtbare Arbeit geleistet hat. (...) Doch wenn es darum geht, unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern und so unsere Arbeit finanziell aufzuwerten, ist es vorbei mit der Wertschätzung.

In den vergangenen zwei Jahren, seit Beginn der Pandemie, wurden wir als Heldinnen und Helden des Alltags bezeichnet. Nun sagen die Arbeitgeber, sie sehen keinen Handlungsbedarf, um unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern. (...) Deshalb haben die Gewerkschaften zu Warnstreiks aufgerufen, um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen. (...) Wir hoffen auf Ihr Verständnis.

Ihr KiTa-Team

# Demokrati egefährder

## Der „Radikalerlass“ vom 28. Januar 1972 und seine Hüter

Die aktuelle Sorge vieler Menschen vor einer Überwachung und vor der Repression demokratischen Engagements hat in Deutschland eine lange Vorgeschichte. Die bekannteste Form der Verfolgung vor allem linker Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland war der sogenannte Radikalerlass vom 28. Januar 1972, der sich diesen Monat zum 50-Jahr jährt. Er war eine Reaktion der Bundes- und Landesregierungen seiner Zeit auf die Linksentwicklung infolge der Studenten- und Jugendbewegung nach 1968. Die Diskriminierung und Stigmatisierung vor allem linker Kritik an den Machtverhältnissen vor allem von Kommunisten, die als »Verfassungsfeinde« bezeichnet und mit Berufsverboten belegt wurden, schütterte eine ganze Generation kritischer Bürger ein.

### Radikalerlass reloaded?

Davon Betroffene kritisieren in einer noch nicht veröffentlichten Presseerklärung den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, der die undemokratische Praxis von damals aufgreift und explizit weiterführen will:

„Wir, Betroffene der Radikalerlasspolitik in der Folge des Radikalerlasses von 1972 haben mit Entsetzen zur Kenntnis genommen, dass im Koalitionsvertrag der neuen Ampelkoalition Passagen enthalten sind, die eine Wiederbelebung eben dieser Berufsverbotpolitik befürchten lassen. So heißt es gleich zu Beginn des Koalitionspapiers wörtlich: ‚Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können.‘ Und später wird unter der Rubrik »Innere Sicherheit« präzisiert: ‚Die

in anderen Bereichen bewährte Sicherheitsüberprüfung von Bewerbern und Bewerbern weiten wir aus und stärken so die Resilienz der Sicherheitsbehörden gegen demokratiefeindliche Einflüsse.‘

Es wird ehrlicherweise nicht einmal der Versuch unternommen, diese Maßnahme mit den tatsächlich bedrohlichen rechten Unterwanderungsversuchen von Polizei und Bundeswehr zu begründen. Stattdessen werden in plumpster extremistischer Ideologie und Linksextrémismus, Islamismus, Verschwörungsideologien und Linksextrémismus« gleichgesetzt. (...) Wie damals wird der rechtlich völlig unbestimmte Begriff »Verfassungsfeind« verwendet.

Ausgerechnet der tief in die rechte Szene verstrickte Inlandsgeheimdienst soll vorschlagen dürfen, wer als »Verfassungsfeind« angesehen und entsprechend behandelt werden soll. Dies kommt einem Suizid der Demokratie und des Rechtsstaates gleich.“

Der Beschluss der Regierungschefs der Bundesländer und des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Januar 1972, auch Radikalerlass genannt, trug den Titel »Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst«, und er regelte:

„1. Im Bund und in den Ländern „darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt; Beamte sind verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen. (...) 2. Jeder Einzelfall muss für sich geprüft und entschieden werden. Von folgenden Grundsätzen ist dabei auszugehen:



Silvia Gindgold  
1975  
ach 'Hessen als Lehrer  
in Jassen entlassen  
1933  
Mein Vater von den  
Nazis verfolgt

#### 1. Bewerber

Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt.  
2. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche und demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsantrages.“

Der Chefredakteur der ZEIT nannte die Berufsverbote 1978 eine „Perversion des Grundgesetzes“. Diese Bewertung traf angesichts der weitreichenden Wirkung des Radikalerlasses auf direkte Opfer und die Vielzahl eingeschüchterter Menschen zu. Um das zu veranschaulichen, seien hier dazu statistische Angaben des Berliner Senats in einer (im Oktober 2020 veröffentlichten) Antwort auf eine Anfrage aus der Linkspartei zitiert:

### Wer Extremist ist, bestimmen wir vom Verfassungsschutz

„Im Zeitraum von 1972 bis 1991 wurden von den Verfassungsschutzämtern per Regelanfrage rund 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber bzw. Anwärterinnen und Anwärter für den öffentlichen Dienst im gesamten Bundesgebiet einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen (...). In ca. 11.000 Fällen kam es zu Verfahren, ca. 1.250 Bewerberinnen und Bewerber wurden nicht eingestellt. Im gleichen Zeitraum wurden ca. 260 bereits verbeamtete oder angestellte Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Von diesen Maßnahmen betroffen waren vor allem Lehrerinnen und Lehrer (rund 80 Prozent) und Hochschullehrerinnen und Hochschulhelfer (rund 10 Prozent), aber auch Justizangestellte (rund 5 Prozent), Post- und Bahnmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, Verwaltungsangestellte, Offiziere, Sekretärinnen und Se-

kretäre, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Bibliothekarinnen und Bibliothekare, Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger, Krankenschwestern und Krankenpfleger, Bademeisterinnen und Bademeister, Laborantinnen und Laboranten.“

Nach der oben genannten Auflistung wurden fast ausschließlich Mitglieder und Sympathisanten und Sympathisanten der DKP und deren Nebenorganisationen sowie sogenannter K-Gruppen (z.B. KBW, KPD), vereinzelt aber auch Angehörige der SPD und Mitglieder des Sozialistischen Hochschulbundes aufgenommen, »verfassungsförderliche Aktivitäten« aus dem öffentlichen Dienst oder Vorbereitungsdienst entfernt.

### Der Schwur von Buchenwald als Berufsverbotsgrund

Die mit den Berufsverbots zusammenhängenden Prozesse und Skandale wirken bis heute demokratiegefährdend. Ein besonders skandalisierendes Beispiel dafür ist der Berufsverbotsprozess gegen die Antifaschistin und Friedensaktivistin Silvia Gindgold, in dessen Verlauf das Gericht eine Verfassungsschutz-Erkennnis

hiermit erfolgenden Demokratieabbau: „Das Thema ist auch heute nicht erledigt. Mehrere Fälle in der jüngeren Vergangenheit belegen, dass wir diese Debatte brauchen.“ Angesichts der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskussion, sich wieder auf eine Extremismus-Klausel zu beziehen, werde die Bedeutung der „Auseinandersetzung mit einem Teil verdrängter Geschichte und Gegenwart für politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement und Demokratieentwicklung deutlich“. Die GEW-Vorsitzende unterstrich, dass es weltweit Berufsverbote für Pädagogen und Pädagogen gebe: „Unsere Solidarität gilt nicht nur den Kolleginnen und Kollegen in Deutschland, die bis heute wegen ihres demokratischen Engagements unter den Auswirkungen der Berufsverbotspolitik leiden und/oder verfassungswidriger Gesinnungsschüffelung ausgesetzt sind. Auch mit Blick auf internationale Entwicklungen kritisieren wir Berufsverbote und staatliche Repressionsorgane gegen oppositionelle demokratische Kräfte. Wir stehen den tausenden Lehrkräften und Hochschulbeschäftigten aus der Türkei, die massive Angriffe gegen ihre Freiheitsrechte erleben und von Verha-



Heute kämpft Silvia Gindgold für die Anerkennung ihrer Eltern als Widerstandskämpfer gegen den Faschismus durch die Benennung eines kleinen Platzes in der Nähe der letzten Wohnung der Gindgolds in Frankfurt am Main. Aber auch das blieb ihr und ihnen versagt. Das Straßenschild war nur ein symbolischer Akt 2018. Davons fragten wir in der FLZ: Bekommen wir eine Elli- und Peter-Gindgold-Schule? Davon sind wir immer noch meilenweit entfernt.



Heute kämpft Silvia Gindgold für die Anerkennung ihrer Eltern als Widerstandskämpfer gegen den Faschismus durch die Benennung eines kleinen Platzes in der Nähe der letzten Wohnung der Gindgolds in Frankfurt am Main. Aber auch das blieb ihr und ihnen versagt. Das Straßenschild war nur ein symbolischer Akt 2018. Davons fragten wir in der FLZ: Bekommen wir eine Elli- und Peter-Gindgold-Schule? Davon sind wir immer noch meilenweit entfernt.



Am 21. Januar 2022 starb Erich Mangelndorff. Er war einer der profiliertesten Jazzmusiker und Saxophonisten Deutschlands, eine Legende aus Frankfurt und bis zuletzt aktiv, wie hier auf dem Frankfurter Römerberg anlässlich der Feier zum 8. Mai 2021 im Gedenken an die Befreiung vom Faschismus 1945 vor 76 Jahren. Mangelndorff war wichtiger Zeitszeuge, der in seiner Jugend die Swing-Musik als Widerstand gegen die Nazi-Diktatur begriff und über diese Zeit später aufklärte.

(VS von Hessen – AZ vom 7.10.16 FLZ 137-255-530.005-30/16) mit einbrachte, der zufolge sich die VVN, der Silvia Gindgold als Tochter von Widerstandskämpfern angehört, auf das kommunistische Faschismus-Verständnis beziehe, wie die Tatsache offenbare, dass sie die Schwur der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald zum Ende ihrer Peinigung als Auftrag bis heute verstehe.

Die zentrale Stelle des Schwurs von Buchenwald ist:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Die damalige Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Marlis Teufel) sagte 2017 zur Aufarbeitung der Berufsverbots und zum Widerstand gegen den auch

tungen, Entlassungen, Berufsverbots und anderen Repressionen beizutreten sind, solidarisch zur Seite.“

Willy Brandt bezeichnete die Berufsverbote nachträglich als Fehler. Aber bis heute verfolgen Behörden Demokraten unter dem Deckmantel der Verteidigung der Demokratie – und gefährden damit in Wahrheit, was sie zu schützen vorgaben. Das Engagement dagegen bewegte sich auch in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts in der Tradition von Carl von Ossietzky, der in der Weimarer Republik vor dem autoritären und militaristischen Staat sowie der dadurch angewandten Macht der Nazis warnte. Jede demokratiegefährdende Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden, sonst droht der autoritäre Staat, der in Faschismus und, wie die Geschichte lehrt, in kriegerischer Gewalt münden kann.

Bernhard Trautvetter

# Not und Gebot Grundrechte in Quarantäne

Dieser Buchtitel von Heribert Prantl, ehemals Richter, Staatsanwalt und lang-jähriges Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung ist sowohl treffend als auch doppeldeutig. Er nimmt ein knappes Jahr nach Beginn der Corona-Maßnahmen – das Buch erschien im Februar 2021 – in exponierter Weise Stellung zu den Einschränkungen und ihren Auswirkungen. Vor allem aber gibt er den KritikerInnen der Maßnahmen eine Stimme, nicht zuletzt, um die Kritik nicht einer heuchlerischen Rechten zu überlassen.

## „Der Ausnahmezustand lugte nicht mehr nur um die Ecke, er war da.“

„Es ist eine Stimmung entstanden, die Grundrechte in Krisenzeiten als Ballast und Gefahr betrachtet.“ So beginnt das Buch. Und weiter:

„Noch nie in der Geschichte ist das Leben der Menschen außerhalb von Gefängnissen so strikt reguliert worden wie in der Corona-Zeit. Jede einzelne der vielen Verbots- und Kontrollregeln hätte in anderen Zeiten zu Aufständen geführt. In der Corona-Zeit wurden sie überwiegend akzeptiert, begrüßt, ja es wurden sogar noch Verschärfungen gefordert, weil man sich davon Sicherheit und Gesundheit versprach.“ „Der Ausnahmezustand lugte nicht mehr nur um die Ecke, er war da.“

Diese Grundrechtseingriffe seien „extrem, als man es in den schmerzhaften Jahren befürchtete, als gegen die Vorstandssetzung demonstriert wurde.“ „Jetzt passiere das Gegenteil. „In einem Land mit einer bislang ausgeprägten Streitkultur verschwanden Kritik und Protest.“ Und Prantl stellt die Frage: „Wo ist das kritische Potential der Gesellschaft?“

Meines Erachtens hat genau diese Lähmung – auch eine Folge der gerade wiederholten Schockstrategie – der rechten Bewegung den Raum so richtig geöffnet. Und dies wiederum hat es denjenigen, die diese Kritik durchaus im Kopf und auf den Lippen hatten, erschwert, in die Öffentlichkeit zu gehen, ohne mit Rechten in einen Topf geworfen zu werden.

Dazu kam, dass auch Kritiker außerhalb der Rechten, ja sogar Kritiker von links schnell mit dem medial äußerst wirksamen Etikett der „Corona-Leugner“, der „Verschwörungstheoretiker“ oder einfach der „Schwurbler“ versehen wurden. Und selbstverständlich fanden und finden sich im öffentlichen und privaten Raum immer auch Menschen, auf die das passt. „Man konnte und kann beobachten“, schreibt Prantl, „wie ansdenks kritische, aber sehr gesundheitsbesorgte Menschen schon aggressiv reagieren, wenn einer zu fragen wagt“, ob es denn angemessen und verhältnismäßig sei, was

der Staat da an Verboten verordnet. Wer sich nicht daran gewöhnen möchte, dass massive Einschränkungen der Grundrechte zu den Bewältigungsstrategien einer Krise gehören, sieht sich schnell in einer Reihe mit „Querdenkern“, Covid-19-„opfer“ aber gar mit Neonazis gestellt, die sich die Grundrechte, die sie sonst verachten, jetzt auf einmal wie einen Tarnanzug überziehen.“

Und das Wort „Verschwörungstheoretiker“ sei „ein Diskussions-Torschlussschild“ worden, mit dem denen, die anderer Meinung sind, der Mund gestopft werden soll.“

Prantl spricht von einem „globalen Experiment: Wie eine Gesellschaft funktioniert, wenn sie nicht mehr funktioniert.“ „Es sei gespensichtlich. Das Virus habe nämlich auch die Auseinandersetzung darüber infiziert. „Solidarität, das alte Wort der Arbeiterbewegung, das lang schon nicht mehr recht zog, ist jetzt das Zauberwort. Aber jetzt ist es der starke Arm der Virologen, der dies will: Alle Räder stehen still.“

Vollends vorbei mit jeder Form von Solidarität ist es aber, wenn es um die harten Fakten der Profilkritik geht, nämlich um Entlohnung und Arbeitsbedingungen des Klinikpersonals und der Pflegeeinrichtungen, um einen Stopp der trotz Pandemie unvermindert weitergehenden Krankenhausschließungen oder um den Prozess der Privatisierung des hohen Grades Gesundheit. Auch darauf weist Prantl hin.



Wie hartnäckig sich Politik der Profilkritik verschreibt, zeigt gegenwärtig in Hessen die Auseinandersetzung um die einzige private Universitätsklinik Deutschlands, die Uniklinik Gießen-Marburg. Statt sie in die Hand des Landes zurückzuführen, werden dem größten privaten Klinikkonzern Asklepios die öffentlichen Mittel für die nächsten 10 Jahre versechsfacht.

Inzwischen hat eine ganze Abteilung samt Ärzten und Pflegepersonal die Klinik verlassen.

Auch für den Bildungsbereich gilt: Ähnliches wie für den Gesundheits- und Pflegebereich. Sowohl die extreme Überlastung durch eine chaotische Politik und Organisation des Kultusministers auf der einen Seite, als auch die unzureichende Ausstattung der Bildungseinrichtungen auf der anderen Seite brachten viele Beschäftigte an den Rand der Verweiflung. Dass die Wirkung von Luftfiltergeräten lange Zeit sogar hartnäckig bestritten wurde, nur um Kosten zu sparen, und dann nur sehr zögerlich und auf Druck installiert wurden, zeigt, wo der Staat die Prioritäten setzt. Lieber setze man die Gesundheit durch beständiges Fensterlüften aufs Spiel als nachzugeben. Von daher fühlen sich viele Lehrkräfte in zu großen Klassen auf einem Raum als „Versuchskaninchen“, wie eine Demonstration in Frankfurt zeigte.

Dieser – scheinbaren – Diskrepanz zwischen Profilkritik und dem Ruf nach einer starken staatlichen Hand in der Krise und dem scheinbaren Verstummen des „Privat vor Staat“ geht Prantl in einem eigenen Kapitel nach: „Wenn die Gesellschaft bedroht ist, ruf sie nach dem Vater, nach dem Vater Staat, auch wenn sie ihn vorher zum Teufel gewünscht hat: Der Staat soll schnell erwachen; möglichst viel, möglichst alles. Und er soll die bestrafen, die nicht folgsam sind.“

Mit Corona gewinne der Staat wieder Autorität. „Mehr noch: Nicht wenige Bürger wünschen sich angesichts der unsichtbaren Gefahren nicht nur mehr Autorität, sondern mehr Autoritäre vom Staat. Er wird wieder zur Obrigkeit. Und der Staat behandelt seine Bürgerinnen und Bürger wie unmündige Kinder ...“

## Sicherheit in der Unsicherheit

Deshalb sei die Bereitschaft groß, sich auch drastischen Anordnungen zu fügen. Deshalb gebe es die Neigung, Freiheit gegen die Gesundheitschutz zu tauschen. Diese Sehnsucht nach dem starken Staat sei nicht neu: die „Risikogesellschaft“ habe diesen Wunsch verstärkt.

„Aber der Staat befriedigte die Erwartungen einseitig; er reduzierte, Stichwort Hartz IV, die sozialstaatliche Fürsorge, befriedigte stattdessen lieber die Erwartungen des Marktes; die Sehnsucht nach dem starken Staat nutzte er aber aus, um sich neue Befugnisse auf dem Feld der inneren Sicherheit zu verschaffen.“ Sicherheitsbedürfnisse seien aber strukturell unstillbar.

Und es sei leider ein Erfahrungssatz: „Im Sicherheitsrecht kommt so gut wie nie wieder etwas weg, es kommt immer nur Neues hinzu – neue Dateien, neue Eingriffsmaßnahmen ...“ So hätten die Anti-Terror-Pakete von 2001 „Kinder gekriegt“, es wurden neue Anti-Terror-Pakete gepackt, zuletzt 2016.“

## Der permanente Alarmschrei hat andere Themen aufgefressen

Der permanente politische und mediale Alarmschrei habe der Gesellschaft nicht gutgetan. „Fürchtet euch“ sei die Botschaft gewesen, die Politik und Medien über Monate verbreitet hätten.

Dieser Alarmschrei habe auch „alle anderen Probleme und fast alle anderen Themen verdrängt.“ „Corona hat nicht nur Menschen befallen. Corona hat auch Themen aufgefressen.“ Debatten etwa über Abrüstung, Datenschutz, die Schicksale der Whistleblower Edward Snowden und Julian Assange, die Klimakatastrophe oder Flüchtlinge seien kleiner geworden.

Für den massenmedialen „Tunnelblick“ zitiert Prantl aus zwei Studien, welche die journalistische Begleitung und Behandlung der Corona-Krise untersuchen. So hätten die Medien geholfen, den Lockdown kommunikativ vorzubereiten, aber wenig dazu beigetragen, mögliche Entscheidungen und Folgen des Lockdowns im Vorfeld kritisch abzuwägen ...“

Das beklage „permanente Krisen- und Bedrohungszenario“, auf die ja heute kein Ende gefunden.

## „Man darf die Verfassung, man darf die Grundrechte, man darf die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit nicht mit Radikalen und Extremisten alleine lassen.“

Und deshalb muss man Heribert Prantl dankbar sein für seine differenzierte Kritik:

„Bei aller Empörung (über Verschwörungsideologien) sollte man aber nicht ganz vergessen, was wirklich ein Grund zur Empörung angesichts einer Pandemie sein könnte. Wahr ist nämlich, dass die WHO ohne einen Mäzen wie Bill Gates finanziell am Ende wäre, weil die Staaten zu wenig Beiträge zahlen und US-Präsident Donald Trump die Zahlungen der USA völlig gestoppt hat. Letzteres ist wirklich ein Grund zum Demotieren.“ „Bisweilen erscheine es so, „als ob die Wörter ‚Verschwörungstheoretiker‘ und ‚Verschwörungsideologe‘ dazu benutzt werden, Diskussionen von vornherein abzuwürgen – auch die Diskussionen, die notwendig sind. Sie werden dann zu Wörtern, mit denen jeder, der nicht allen Anti-Corona-Maßnahmen applaudiert, zum Schweigen gebracht werden soll. Man darf die Verfassung, man darf die Grundrechte, man darf die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit nicht mit Radikalen und Extremisten alleine lassen.“

Im Klappentext heißt es: „Prantls Buch zeigt, wie mit Angst Politik gemacht wird. Es zeigt aber auch, wie man mit der Bestimmung auf Grundrechte und Grundrechte eine gute Zukunft bauen kann. Es ist ein Buch zur Lage der Nation, das vor neuem Nationalismus und dem Gift des Populismus warnt. Und es ist ein Buch, das zeigt, was die Zivilgesellschaft zivil und frei macht.“

Dem kann ich mich anschließen. Für mich persönlich ist aber das letzte und kürzeste Kapitel das Wichtigste: „Vom Aufatmen“

Corona nehme den Infizierten die Luft. „Aber auch der Schutz vor dem Virus beinträchtigt das Atmeholen. Der kollektive Ausdruck ist die Atemmaske, ein Stück Stoff, das das Atmen mühsam macht, Reden erschwert, Mimik verdeckt, Verständigung behindert ...“ Der Mundschutz ist textile Infektionsverhinderung, sein Subtext ist Kommunikationsbehinderung. Er steht nicht nur für menschliche Verantwortung, er steht auch für nicht gelingende Kommunikation in der alltäglichen Begegnung, in der gesellschaftlichen Diskussion, der Politik und zwischen den Wissenschaften. Die Atemmaske zu tragen ist in der Corona-Krise Routine geworden, aber nicht zu zusehen.“

Für die Zeit danach ist zu wünschen: „Dass die Menschen wieder miteinander reden können, dass die angesetzte Polarität der Reaktionen auf Corona einem zuhörenden und diskutierenden Miteinander Platz macht.“

Ich würde mir eine zivile Streitkultur wünschen, welche die Verantwortlichkeiten und Heucheleien der Politik – und mitunter auch unsere eigenen – zum Thema macht, um sie günstigenfalls auflösen zu können. Ob sich Solches dann auch in der faktischen Politik niederschlägt, steht auf einem ganz anderen Blatt. Dazu müssten die Machtverhältnisse viel stärker in den Blick genommen werden.

Herbert Stron



# Gewerkschaft mit dem großen W

Der Bezirksvorstand der GEW Frankfurt unterstützt die Frankfurter Erklärung. Mit ihr hatten unter der Überschrift „Solidarität und Zusammenhalt in der Corona-Krise – klare Kante gegen Rechts“ am 10. Februar zunächst etwa 60 Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Gewerkschaften, Religionen und Wirtschaft ein deutliches Zeichen gesetzt (vgl. Kasten #linksrechtsbenutzen).

Die Erklärung ist eine Reaktion auf Demonstrationen und sogenannte Spaziergänge, die mit bis zu 2.500 Teilnehmenden auch in unserer Stadt im Januar von der Corona-Rechten organisiert worden waren. Anders als z.B. in Offenbach, wo herkömmliche Nazis wie denen von der NPD das Bild der Anti-Corona-Proteste im Januar mitbestimmen, dominierte in Frankfurt eine krude Querfront mit den neuen Faschist\*innen der AfD das Bild.<sup>1</sup> Vereint waren die Versammelten in der Ablehnung des wissenschaftlichen Konsenses.

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Antifa-Recherchen der Initiative „Aufklärung statt Verschwörungsideologien“ URL: <https://avivoblogs.org/> (abgerufen am 28.2.2022)

Dem können wir uns als Gewerkschaft mit dem großen W nur entschlossen entgegenstellen. Nicht nur diese extreme Form der „Konsensdiskriminierung“ (Mai Thi Nguyen-Kim), die von den herkömmlichen Medien ebenso mit Befuehrung wurde, wirkt in den Diskussionen um die Covid-19-Pandemie als Nebelkerze. Statt sich auf das Ringen um eine möglichst sozial gerechten politischen Umgang mit den Corona-Folgen hierzulande und global zu fokussieren, dominierte stattdessen vielerorts der Zoff um die Anerkennung des allgemeinen und ständig wachsenden Forschungsstands von Epidemiologie, Virologie und Infektiologie. Bis hin zu den selbsternannten Querdenker\*innen, in dem vor allem die Neue Rechte ein weiteres Querfront-Biotop in ihrem Kampf für die Faschisierung der Gesellschaft finden konnte.

In den Bildungseinrichtungen bekamen wir die Auswirkungen dieser Vernebelung ordentlich zu spüren. In den Lockdowns der Schulen, während die Arbeitswelt weitgehend von Präventionsmaßnahmen verschont blieb. In den bis heute

weitestgehend verweigerten Luftfiltern, während die Staatskanzlei in Wiesbaden, Gerichte und andere öffentliche Gebäude mit den Virenfiltern ausgestattet wurden. Und nicht zuletzt etwa in dem überhasteten Schritt des Kultusministeriums, bereits ab dem 7. März die Maskenpflicht in den beengten Klassenräumen abzuschaffen.

Zusammen mit den Forscher\*innen drücken wir die Daumen, dass Omikron keine weiteren Varianten folgen, die den Übergang in den endemischen Normalzustand bei weiter zu niedriger Impfrate im Wege stehen werden. Das nun dritte Jahr im Pandemiemodus hat uns alle an den Rand der Erschöpfung gebracht, viele auch weit darüber hinaus. Die Ruhe nach dem Covid-Sturm könnten wir gut gebrauchen, um wieder zu Kräften zu kommen. Mit Solidarität in und über die Corona-Krise hinaus werden wir wieder mit voller Kraft die Sterne vom Himmel holen – für eine gute Bildung in guten Arbeitsbedingungen für alle!

*Dirk Kretschmer,  
Laura Prescher,  
Sebastian Guttman*

## Warum ich die „Frankfurter Erklärung“ nicht unterstützen konnte

Der sogenannten „Frankfurter Erklärung zu Solidarität und Zusammenhalt in der Coronakrise – klare Kante gegen Rechts“ haben viele im Bezirksvorstand nicht zugestimmt oder sich enthalten. Das mag zunächst verwundern angesichts der Beschreibung von „Solidarität und Zusammenhalt“, die alle Vorstandsmitglieder als Anspruch und Auftrag teilen, ebenso wie den Kampf gegen Rechts.

Es geht um die in Erklärungstext hergestellten Zusammenhänge, Fokussierungen und vor allem Ausblendungen.

Angenüpft wird an die „Menschen, die in Krank- und Pflegeberufen, aber auch in vielen anderen systemrelevanten Berufen“, „bis an die Grenzen der Erschöpfung“ arbeiten. „Vor diesem Hintergrund“ werden „vorsichtiges und solidarisches Handeln gefordert (Zusammenhalt, Solidarität, Achtsamkeit, Vorsicht und Geduld als Gebot der Stunde)“, damit die Krankentatzen und damit die Beschäftigten nicht ... weiter belastet werden.“

— Kein Wort zu den unsolidarischen, PatientInnen- und MitarbeiterInnen-feindlichen Krankenhausschliefungen, die - von der Bundesregierung sogar finanziell gefördert! - während der Pandemie unvermindert weiterbetrieben wurden, jetzt noch verstärkt.

— Kein Wort zur öffentlichen Finanzierung privater Gewinne für den Asklepios-Konzern, dem inzwischen die Uni-Klinik Gießen-Marburg gehört, bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der öffentlichen Krankenhäuser.

— Kein Wort zur Abspeisung des Klinik- und Pflegepersonals mit einmaligen Prämien und Arbeitsbedingungen, die die KollegInnen zum Streik oder zur Berufsuflucht zwingen (siehe Seite 11).

— *Sachtes* bedroht Solidarität und Zusammenhalt. Aber davon sprechen die Starter der Erklärung nicht, vielleicht weil ihre Parteien als Regierungsparteien im Bund bzw. in Hessen für eben diese Politik verantwortlich sind.

„Zusammenhalt, Solidarität, Achtsamkeit, Vorsicht und Geduld“ waren auch nicht die Leitomotive der Landesregierung aus CDU und Grünen, die durch ihre chaotisch-ignorante Politik den heissen und Lehrkräften das Ausblenden der Pandemiepolitik jede Woche aufs Neue zumuten.

— Die Wissenschaft\* wurde so gar missbraucht, um kein Geld für Luftfilter ausgeben zu müssen: es wurde – solange es ging – behauptet, diese könnten die Filterleistung gar nicht erbringen. „Neutrale Wissenschaft\*? Gutachten finden sich gegen Geld immer.“

Die Widersprüche zwischen den diversen und wechselnden Begründungen für Schulschließungen und -öffnungen führten zu wechselnden Behauptungen auch des Stagedesundheitsamts über die „Schulen als Virentreiber“ oder „Schulen seien keine Hotspots“, nicht nur, aber auch, um die Unterversorgung der Gesundheitsämter zu kaschieren. Statt aber das zu tun, was der Virologe Streeck (Uniklinik Bonn) schon frühzeitig zu unternehmen

versuchte, nämlich wissenschaftliche Untersuchungen in die Wege zu leiten, die Auskunft über Ansteckungs- und Verbreitungswege geben könnten, wurde alles getan, dies zu unterlassen.

Dies ist ebenfalls kein Akt von „Zusammenhalt, Solidarität, Achtsamkeit, Vorsicht und Geduld“, sondern beinhalten Verteilungskampf um knappe Ressourcen.

Der aber tobst still und leise – besonders im internationalen Bereich. Was interessieren uns Impfunoten in armen Ländern, die früher Kolonien waren: uninteressant, weil zu wenig Kaufkraft. Und „wir“ in Deutschland sorgen an vorderster Stelle mit dafür, dass der Patentschutz nicht aufgehoben wird. Millionenfaches Elend und millionenfacher Tod werden in Kauf genommen, damit die Gewinne stimmen. *Kein* Hoch für die internationale Solidarität!

Dass gerade Gewerkschaften und sich links Verstehende so wenig die Probleme in den Blick nehmen, die der ständige Verwertungsdruck des anlagenschonenden Kapitals hervorbringen, verwundert schon.

Merkwürdig ist auch, wie schnell das Image einer Branche, die als besonders profitierfähig galt (erinnert sei an „Bittere Pillen“ oder „Tödliche Medizin und organisierte Kriminalität“), plötzlich zum Heilsbringer und Erlöser wurde: die Pharmaindustrie.

Wissenschaftliche Unabhängigkeit ist bis heute ein immerwährender Kampf. Und die fortschreitende

Frankfurter Erklärung  
Solidarität und Zusammenhalt  
in der Coronakrise – klare Kante gegen Rechts

## Bezirksvorstand unterstützt Frankfurter Erklärung

Auf seiner Sitzung am 15.2.2022 beschloss der Bezirksvorstand der GEW Frankfurt die Unterstützung der Frankfurter Erklärung, mit der am 10. Februar zunächst etwa 60 Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Gewerkschaften, Religionen und Wirtschaft ein deutliches Zeichen gesetzt hatten.

### Solidarität und Zusammenhalt in der Coronakrise – klare Kante gegen Rechts

Die Coronapandemie stellt uns vor große Herausforderungen. Besonders die Menschen, die in Krank- und Pflegeberufen, aber auch in vielen anderen systemrelevanten Berufen oder im Ehrenamt arbeiten, leisten Enormes – bis an die Grenzen der Erschöpfung. Vor diesem Hintergrund ist weiterhin vorsichtiges und solidarisches Handeln jeder\*s Einzelnen\* notwendig, damit die Krankentatzen und damit die Beschäftigten nicht durch unvorsichtiges oder sogar vorsätzliches Handeln weiter belastet werden. Zusammenhalt, Solidarität, Achtsamkeit, Vorsicht und Geduld sind weiterhin das Gebot der Stunde. Impfen ist der Weg, der uns aus der Pandemie hilft. Es ist klar, dass jede Coronamassnahme auch weiterhin diskutiert werden kann und kritisch hinterfragt werden darf. Das geschieht auch tagtäglich in unseren Parlamenten auf allen Ebenen. Dies gehört zu den Grundsätzen unserer Demokratie.

Das Demonstrationsrecht und das Recht auf Meinungsfreiheit sind grundlegende Verbriefungsgüter; die selbstverständlich auch in Pandemiezeiten gelten, daher ist es falsch, wenn von sogenannten „Querdenker\*innen“ das Bild der Bundesrepublik Deutschland als Diktatur gezeichnet wird. In einer Diktatur wären diese sogenannten Spaziergänge schlicht nicht möglich bzw. die Menschen, die daran teilnehmen würden, wären Repres-

sionen und Verfolgung ausgesetzt. Wir, die Unterzeichnenden, verteilen, dass es im Zuge der Demonstration der Coronaleger\*innen zu antisemitischer Hetze, Holocaustleugnung und -verharmlosung gekommen ist. Dies ist untraglich und widerspricht unserem demokratischen Grundkonsens.

Wir stellen fest, dass bei den Demonstrationen der Coronaleger\*innen auch Rechtsextreme\* Rechte\* und Feind\*innen unserer Verfassung teilnehmen. Wer an diesen Demonstrationen trotzdem weiterhin teilnimmt, sollte sich bewusst sein mit wem er oder sie dort zusammen demistriert.

Wer Fragen zur Impfung hat und über Coronaregeln diskutieren will, hat unser Interesse, wer die Coronapolitik und die Kritik daran als Vehikel nutzt, um krude Verschwörungsmutten, Hass und Hetze zu verbreiten oder unsere Demokratie versucht verächtlich zu machen hat kein Verständnis verdient.

Wir rufen daher dazu auf, sich gemeinsam mit uns für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft einzusetzen, den Menschen, die ehrenamtlich und in unterschiedlichen Berufen für uns da sind, den Rücken zu stärken und sich nicht an den sogenannten Spaziergängen der Coronaleger\*innen zu beteiligen. Frankfurt ist eine weltoffene Stadt und soll es bleiben.

Die Frankfurter Erklärung kann unter <https://frankfurt-stadl.de/> aufgerufen und unterzeichnet werden.

Privatisierung im Uni-Bereich mit „Stiftungslehrestrahlen“, mit dem Kampf um „Drittmittel“ und einer „gekauften Wissenschaft“ (Buchteil Prof. Kreiss) lassen es nicht als so weltfremd erscheinen, am „wissenschaftlichen Konsens“ zu zweifeln. Auch deshalb erscheint die Formulierung: „Vereint waren die Versammelten in der Ablehnung des wissenschaftlichen Konsenses“ als reichlich unterkomplex.

Und wenn Milliardenare mit ihren Stiftungen und in Zusammenarbeit mit privaten Hochschulen nicht nur eine bestimmte „Gesundheitspolitik“ beeinflussen können (S.15), dann wird die Trennlinie zwischen Demokratie und Oligarchie löcheriger. Erinnert sei an vier Jahre Trump, die sich wiederholten können: Hass und Hetze von höchster Stelle. Hier steckt die ei-

gentliche, weil wirkmächtige Bedrohung von Demokratie.

Am Schlimmsten aber empfind ich in den letzten beiden Jahren die bleierne Lähmung, wie sie Herbert Prantl beschrieb. Das Wort „Verschwörungstheoretiker“ sei „ein Diskussions-Totschlags-Wort geworden“, mit dem denen, die anderer Meinung sind, der Mund gestopft werden soll.“ Deshalb empfinde ich die Passage in der „Frankfurter Erklärung“ „Es ist klar, dass jede Coronamassnahme auch weiterhin diskutiert werden kann und kritisch hinterfragt werden darf“ die merkwürdigste im ganzen Text, weil dahinter schon das große „ABER“ lauert.

Insofern fand ich die relativ aufgeregte Diskussion der „Frankfurter Erklärung“ im Bezirksvorstand als Lichtblick, der hoffen lässt. *Herbert Storn*

# Equal pay im World Wide Web und im Unterricht

Es ist das Verdienst der Equal Pay Day Kampagne, dass die geschlechtsspezifische Lohnlücke in den Köpfen der Menschen angekommen ist. Der Begriff muss nicht mehr erläutert werden. Die Ursachen sind bekannt und werden breit und öffentlich diskutiert. Studien und Analysen zeigen, dass der Gender Pay Gap auf strukturelle Probleme zurückzuführen ist und nicht auf individuelle Entscheidungen von Frauen wie Berufswahl oder familiär bedingte Unterbrechungen der Erwerbsarbeit.

Einmal im Jahr findet in vielen europäischen Ländern der Equal Pay Day (EPD) statt, der symbolisch den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern markiert. In Deutschland beträgt der Gender Pay Gap 18 Prozent und der EPD fiel 2022 auf den 17. März. Initiiert wird der Tag seit 2008 vom Business and Professional Women (BPW) Germany. Das Motto der Equal Pay Day Kampagne 2022 lautet:

## Equal pay 4.0 – gerechte Bezahlung in der digitalen Arbeitswelt.

Die Digitalisierung wird in den kommenden Jahren alle Bereiche unseres Lebens grundsätzlich verändern – wie wir kommunizieren, uns informieren, konsumieren und vor allem: wie wir arbeiten. Neue Jobs entstehen, Berufsbilder ändern sich und die digitale Kommunikation setzt einen neuen Rahmen für Zusammenarbeit. Schon jetzt haftet die Digitalisierung via Smartphone 24 Stunden an uns. Wir bewegen uns zwischen der Angst, überwacht zu werden, von Maschinen geleitet als Menschliche an virtuelle Seinszustände zu verlieren und der Hoffnung, dass wir durch die Digitalisierung mehr Zeit für die wichtigen Dinge unseres Lebens gewinnen, weil sie arbeitsame wie Säugen oder Rasenmähen der Roboter übernimmt.

## Doch was hat die Digitalisierung mit Gleichstellung und equal pay zu tun?

Kann sie Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, aufwerten und fair bezahlen? Mehr Frauen in Führungspositionen bringen? Unbezahlte Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen gerecht aufteilen? Entgelttransparenz in Unternehmen vorwärtsbringen? Tradiertere Rollenstereotype verhindern? Die Digitalisierung selbst kann gar nichts, denn sie entwickelt sich nicht von selbst. Wir gestalten sie. Das ist unsere Chance: Wir können bei der Gestaltung einen Schwerpunkt auf Geschlechtergerechtigkeit und gleiche Bezahlung von gleicher und gleichwertiger Arbeit legen.

## Erkenntnisse aus dem Lockdown

Einen Vorteil haben wir in der Corona-Pandemie erlebt: Home-Office



spart den Arbeitsweg und kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Das ist ein Vorteil für Mütter und für Väter! Technische und digitale Lösungen für schwere körperliche Arbeiten haben das Potenzial, die Geschlechtertrennung am Arbeitsmarkt aufzuheben. Werden Computer steuert, der schwere Teile im Autowerk zusammensetzt, ist dem Computer egal.

## Digitalisierung als Chance für Gleichstellung am Arbeitsmarkt

Frauen bringen alle Fähigkeiten mit, die digitale Zukunft der Arbeit mitzugestalten. Die Computergeschichte ist weiblich. Ada Lovelace, Grace Hopper oder Margaret Hamilton waren Pionierinnen der Programmierung. Frauen sind wichtig als Programmierinnen, Projektmanagerinnen, Unternehmerinnen, als Datenanalysten, als Datenanalysten, als Datensatz, als Quereinsteigerinnen und Nutzerinnen.

Derzeit sind allerdings 80 Prozent aller Software-Entwicklerinnen männlich und 90 Prozent der Start-ups im Bereich Digitalisierung werden von Männern gegründet. Frauen entgegen attraktive Jobs im zukunftsstrahlenden IT-Sektor und auch auf Frauen als Nutzerinnen wirkt sich dieses Missverhältnis negativ aus. Selbst wenn Frauen in der Digitalbranche arbeiten, sind sie oft mit stereotypen Vorstellungen in einem männlich geprägten Arbeitsumfeld konfrontiert. Mehr als die Hälfte kämpfen ihren Job und kaum eine schafft es ins Topmanagement. Das

ist auch eine Frage der Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalbranche.

Bisher vermeintlich einfache Tätigkeiten wie Kassiertätigkeiten oder Büroarbeiten, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, erfordern im Zuge der Digitalisierung zusätzliche Qualifikationen. Deshalb müssen Weiterbildungsmaßnahmen, Zugänge zu digitaler Ausrüstung in Unternehmen Männern und Frauen zu gleichen Teilen zur Verfügung stehen. Die höheren Anforderungen müssen sich auch in höherem Entgelt widerspiegeln.

## Ist Künstliche Intelligenz sexistisch?

60 Prozent der Medizinstudierenden und 46 Prozent der Ärztinnen sind Frauen. Wer den neutralen englischen Begriff „doctor“ in Google Translate eingibt, bekommt auf Deutsch keine Ärztin, sondern einen männlichen „Arzt“ als Übersetzung. Gleiches gilt bei Journalisten, Psychologen und Geschäftsführern. Umgekehrt erscheint bei „nurse“ kein Krankenpfleger, sondern die klassische Krankenschwester. Weiblich geht also doch. Wenn es dem Klischee entspricht.

Künstliche Intelligenz gilt als Technologie der Zukunft. Aber gerade mal 16 Prozent der KI-Fachkräfte sind Frauen. Wenn wir jetzt nicht die richtigen Weichen stellen, bleiben Frauen bei der technischen Entwicklung außen vor, je weiter sie mit Hochgeschwindigkeit voranschreiten. Frauen sind im Bereich Künstliche Intelligenz, kurz

KI, wie überhaupt in allen MINT-Berufen immer noch unterrepräsentiert. Zu dem Top zehn der wachsenden Berufsfelder in den entwickelten Volkswirtschaften gehören Datenanalyse, KI und Machine-Learning sowie Big Data – bislang männerdominierte Berufe.

Technologien, die von männlich dominierten Teams und Unternehmen entwickelt wurden, können geschlechtsspezifische Vorurteile widerspiegeln. Auch eine unvollständige Datengrundlage kann zu einem Bias führen. Google Translate ist nur eins von vielen Beispielen

## Unbewusste Vorurteile der realen Welt setzen sich in der digitalen fort

Bis vor Kurzem hat der Apple-Sprachassistent Siri auf eine sexistische Beschimpfung mit dem Satz „Wenn ich könnte, würde ich eröten“ reagiert. Cortana, Alexa oder Google Assistant reagierten ähnlich freundlich auf frauenfeindliche Äußerungen – auch wenn die Programmiererteams inzwischen nachjustiert haben.

Generell verstehen Sprachassistenten wie Amazons Alexa tiefe, also mehrheitlich männliche Stimmen besser als weniger tiefe Stimmen, also mehrheitlich weibliche Stimmen.

Frauen bekommen auf Karrierereportalen seltener als Männer Stellenanzeigen für besser dotierte Jobs zu sehen. Weil Weiblichkeit von den Algorithmen eher mit Heim- als mit Erwerbsarbeit assoziiert wird.

Ein weiteres Beispiel liefert die

werden, lernen sie die dort vorhandenen Vorurteile und Klischees.

## Bildung nimmt eine Schlüsselposition ein

Wir brauchen vorurteilsfreie und geschlechterneutrale pädagogische Konzepte in Schule, Hochschule und bei der beruflichen Beratung. Es genügt nicht, eine AG Programmierung anzubieten, an der dann nur Jungs teilnehmen. Es ist wichtig zu fragen: Warum nehmen Mädchen nicht daran teil? Liegt es an der Gestaltung des Raums, liegt es an der Anknüpfung, dem Thema, liegt es an tradierten Rollenstereotypen, die in der Klasse, an der Schule, durch das Lehrpersonal bewusst oder unbewusst vermittelt werden?

Ein Pflichtfach Informatik, das Jungen und Mädchen für IT begeistert und das Geheimnis um Künstliche Intelligenz entmystifiziert, wäre ein guter Anfang, hier etwas zu ändern.

## Equal Pay im Unterricht

Jedes Jahr werden zum Equal Pay Day in ganz Deutschland Aktionen veranstaltet, um an diesem symbolischen Tag auf die Lohnlücke aufmerksam zu machen und Maßnahmen gegen die Ursachen aufzuzeigen. Das geht nur, wenn jeder: da von weiß und sich frühzeitig damit beschäftigt. Das Thema bietet viele Möglichkeiten, um im Unterricht in allen Klassenstufen behandelt zu werden (*siehe Kantor*). Gerne können wir auch virtuell

1. Debattierclub zum Thema: „Frauen machen den Haushalt und Männer verdienen das Geld.“
2. Analyse von dargestellten Rollenklischees in Kinderbüchern
3. Schüler:innen beobachten eine Woche lang ihre Eltern zu Hause und machen den „mental Load-Test für die Haus- und Familienarbeit“ (<https://equalcareday.de/mental-load/>), anschließend Besprechung der Erkenntnisse
4. Arbeitspapier zum Thema equal pay: Was ist der Gender Pay Gap? Was sind die Gründe für die Ungleichheit in der Bezahlung? Welche Lösungen gibt es?
5. Teilnahme am Girls'/Boys' Day (<https://www.girls-day.de/>)
6. Erstellung von Visual Boards: „Was will ich später mal werden?“ unter Bereitstellung von Materialien, die Frauen und Männer in „geschlechtstypischen“ Berufen zeigen (bspw.: <https://www.kinderstark-magazin.de/>)
7. Bring your parent to school: Schüler:innen laden ihre Eltern ein, über ihren Berufsalltag und ihre Erfahrungen mit Gehälterverhandlungen zu sprechen
8. Rollenspiel/Improtheater: Standardituationen aus dem Berufsleben werden nachgespielt, wobei Schüler die Rolle der Frauen und Schüler:innen die Rolle der Männer einnehmen
9. Einladen von Gästen (Rolemodels, Frauen aus dem IT-Sektor)
10. Filmvorführung mit anschließender Diskussion (bspw: Frau Vater – Die Geschichte der Maria Einsmann <http://www.bt-medienproduktion.de/de/einsmann.html>)

Google-Bildersuche. Zum Stichwort „Mensch“ tauchen unter den Top-Suchergebnissen ausschließlich Männer und geschlechtsneutrale Strichmännchen auf.

Das Problem bleibt immer das gleiche: Die vermeintliche Objektivität der Maschinen speist sich an der Subjektivität der Menschen. Seit ungefähr 30 Jahren spielt die Menschheit ihr Wissen ins World Wide Web. Wenn KI-Softwares mit diesen Datensammlungen trainiert

in Ihre Klasse und beantworten die Fragen Ihrer Schüler:innen. Weitere Informationen bietet die Kampagnen-Website [www.equalpayday.de](http://www.equalpayday.de).

Sophie Robé  
M +49 (0) 174 33 06 025  
[press@equalpayday.de](mailto:press@equalpayday.de)  
BPW Germany e.V.  
Schloßstraße 25, 12163 Berlin  
T +49 (0) 30 31 17 05 17  
[info@equalpayday.de](http://info@equalpayday.de)



## Hochschule und Forschung Kampf für Dauerstellen

Das neue Berliner Hochschulgesetz verpflichtet die Hochschulen, Postdocs mehr Dauerstellen anzubieten. Dagegen gehen die Uni-Leitungen auf die Barrikaden. Die GEW fordert sie auf, das Gesetz konstruktiv umzusetzen.

Die GEW kämpft seit vielen Jahren gegen unsichergemäße Befristungen und für berechenbare Karrierewege an Hochschulen. (Foto: Kay Hirschelmann)

Stein des Anstoßes ist der neue Absatz 6 im Paragraphen 110 des Berliner Hochschulgesetzes (BerHfG), dessen Novellierung das Abgeordnetenhaus mit den Stimmen der Koalition aus SPD, Grünen und Linken beschlossen hat. Die neue Regelung verpflichtet die Hochschulen, mit promovierten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (WiMi) eine „Anschlusszusage“ zu vereinbaren, wenn sie diese zur Qualifikation befristet beschäftigen. Unter „Anschlusszusage“ versteht der Gesetzgeber eine unbefristete nach der befristeten Beschäftigung, wenn zuvor festgelegte wissenschaftliche Leistungen erbracht wurden. Dieses Modell ist als Tenure Track bekannt und weltweit in vielen Hochschulen, etwa in den USA, etabliert.

Die Landeskonzferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen hat indes Widerstand

gegen die Neuregelung angekündigt. Sowohl die Freie Universität als auch die Humboldt-Universität haben einen Einstellungsstopp für Postdoc-Stellen verhängt. Die Präsidentin der Humboldt-Universität, Sabine Kunst, hat aus Protest gegen das BerHfG sogar ihr Amt niedergelegt – wenige Monate nach ihrer Wiederwahl. Kurz vor Ende ihrer vorzeitig beendeten Amtszeit reichte sie für ihre Universität beim Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde gegen das Gesetz ein – ohne diese mit den universitären Gremien, etwa dem Akademischen Senat, beraten zu haben. Das sorgt weit über die Hauptstadt hinaus für Empörung. (...)

Nach dem Wortlaut des Gesetzes gilt die Neuregelung nicht für alle Postdocs. Voraussetzung dafür ist, dass es um eine Qualifikationsstelle geht und es sich bei dem im Arbeitsvertrag genannten Qualifikationsziel „um eine Habilitation, ein Habilitationsäquivalent, den Erwerb von Lehrererfahrung und Lehrbefähigung oder um sonstige Leistungen zum Erwerb der Berufungsfähigkeit“ handelt. (...)

Wie viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genau vom neuen Paragraphen 110 profitieren würden, vermag indes niemand zu sagen. Die Berliner Universitäten konn-

ten noch keine belastbaren Zahlen liefern. Das ergibt sich aus der Antwort des Senats auf eine Anfrage von Tobias Schulze, für die Linke Mitglied im Abgeordnetenhaus. „Wir reden insgesamt je nach Uni über 5 bis 8 Prozent der WiMi-Stellen“, schätzte er im Gespräch mit dem Bildungsjournalisten Jan-Martin Wiarda. (...)

### Hochschulen stellen Neuregelung als Chance begreifen

Der im Dezember vergangenen Jahres gewählte neue rot-grüne rot-rot Senat unter Leitung der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hat sich eindeutig zu der Neuregelung positioniert. „Haushaltsfinanzierte, promovierte Wissenschaftler\*innen in Mittelbau und Professorschaft erhalten nach der zweiten Qualifikationsphase grundsätzlich eine Perspektive auf Entfristung, wenn sie sich in einem qualifikationsgerechten Verfahren bewähren“, heißt es unmissverständlich im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und Linken. Die Koalition werde die Berliner Hochschulen bei der Umsetzung des Gesetzes „unterstützen und notwendige gesetzliche Präzisierungen vornehmen“. (...)

Andreas Keller,  
GEW-Vorstandsmitglied  
Hochschule und Forschung  
14. Februar 2022

mokratie und Rechtsstaat auf unter dieser Konstellation thematisiert wird.

### Neue private Hochschule nimmt Lehrerbefreiung auf

Anfang April startet die neue „Charlotte-Fresenius-Hochschule“ in Wiesbaden mit dem universitären Studiengang Psychologie.

Bisher gibt es die Fresenius-Hochschule für angewandte Wissenschaften mit den Standorten Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Idstein, Köln, München und Wiesbaden und New York mit mehr als 18.000 Studierenden. Die Prodekan der Hochschule Fresenius Frankfurt und Wiesbaden leitet die neue Hochschule. Bisher war sie zuständig für die Studiengänge Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheits- und Sozialwesen.

Zur Erinnerung: Zwei Gesundheitsökonominnen (Prof. Busse und

Prof. Augurzky) treten zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung für einen radikalen Abbau der Zahl der Krankenhäuser ein. Und die privaten Investoren mischen kräftig mit.

Zum Hintergrund über den Einfluss von Fresenius: Die Fresenius SE & Co. KGaA ist ein großer Klinik- und Gesundheitskonzern. Eigentümer ist die gemeinnützige Else Kröner-Fresenius-Stiftung. Sie verfügt laut Wikipedia über das größte Stiftungsvermögen aller gemeinnützigen deutschen Stiftungen privaten Rechts. In Deutschland ist die Helios Kliniken GmbH als Tochtergesellschaft der Fresenius SE & Co. KGaA der größte der privaten Klinik-Konzerne mit rund 11 Milliarden Euro Umsatz, dahinter folgt Asklepios mit der Tochter Rhön-Kliniken (die für die nächsten zehn Jahre eine halbe Milliarde Steuermittel bekommen sollen).

## Grußbotschaft aus Iran

an die GEW-Jahrestagung Internationales  
4.–5. Februar 2022

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen meines Kollegen und unserer Gewerkschaftsinitiative möchte ich unseren Dank für die Einladung zu eurer Jahrestagung zum Ausdruck bringen.

Im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Zeit versuchen mein Kollege und ich, uns so gut wie möglich kurz zu fassen, damit für die gemeinsame Diskussion auch etwas Zeit bleibt.

Die sozio-ökonomischen Engpässe und Entberuhungen auf der einen Seite und die sich permanent verschärfenden politischen Repressionen auf der anderen Seite sind in Iran von heute so erdrückend, dass immer größeren Teilen der lohn- und gehaltsabhängigen Gruppen, Schichten und Klassen keine andere Wahl bleibt, als sich zu organisieren und zu wehren. Die praktische Erfahrung der letzten Jahre liefert genug Fakten, die diese Entwicklung eindeutig belegen. Neben dem zum Teil landesweit durchgeführten Protesten, Demonstrationen, Sitz- und Straßenblockaden und Arbeitsniederlegungen der Beschäftigten der iranischen Erdöl-, Gas- und petrochemischen Industrie, der metallverarbeitenden Industrie, der Zuckerindustrie der Verkehrs- und

Transportbetriebe sowie der Frauenbewegung und den Kämpfen der studentischen Jugend nehmen die Aktivitäten der iranischen Lehrer\*innen eine herausragende Stellung ein. Besonders während der letzten zwei Jahre gelang es ihnen in mehreren Wellen Großveranstaltungen durchzuführen. Den massiven polizeistatistischen Kontrollen und Einsätzen zum Trotz standen sie oft in der Hauptstadt und in anderen größeren Städten des Landes auf der Straße und machten einer breiteren Öffentlichkeit ihre Forderungen bekannt. Ihre bisher größte Protestaktion fand Ende Januar 2022 statt. Für drei Tage (29., 30., 31. Januar 2022) rief der Koordinationsrat der iranischen Lehrer\*innen-Verbände zu landesweiten Streiks und Demonstrationen auf. Diesem Aufruf folgten mehr als 200 Städte, ca. 11.000 Schüler beteiligten sich an den Streiks und blieben geschlossen, mehr als 10.000 Lehrer\*innen waren während der dreitägigen Protesttage aktiv – und viele von ihnen wurden geköpft verhaftet... Es kam mehrfach zu Solidaritätsaktionen der Schüler\*innen und ihrer Eltern mit den streikenden und inhaftierten Lehrer\*innen.

### Bericht der IRAN-Initiative

Im Hinblick auf die Einladung an uns an der Jahrestagung der GEW teilzunehmen, schaffen Kollegen unserer Initiativ-Gruppe es, mit den streikenden Lehrer\*innen in Iran Kontakt herzustellen und eine Kollegin hat sich bereit erklärt, ein Interview für die GEW-Tagung zu führen. (Der Name der Kollegin ist uns bekannt, wir können ihn jedoch im Moment aufgrund der aktuell sehr angespannten Sicherheitslage in Iran nicht veröffentlichen).

Die Kollegin arbeitet seit 27 Jahren als Lehrerin, ist Aktivistin der iranischen Lehrer\*innen-Verbände und Mitglied des Koordinationsrats. In ihrer Grußbotschaft fasst sie die Forderungen der streikenden Lehrer\*innen zusammen:

#### Grußbotschaft

1) Wie die meisten Teile der arbeitenden und berufsständigen Bevölkerung leben die iranischen Lehrer\*innen unter unzumutbaren und menschenverachtenden Bedingungen. Momentan bewegt sich der Durchschnitt der Löhne-u. Gehälter der iranischen Lehrer\*innen viermal unterhalb der offiziell festgelegten Armutsgrenze. Deshalb fordern wir angemessene Löhne und Gehälter!

2) Seit dem Beginn der Privatisierung, die auch die iranische Schulbildung erfasst hat, wird Bildung wie Ware behandelt. Während eine kleine Minderheit sich die bestmögliche Schulbildung leisten kann, bleibt einer über 90% prozentigen Mehrheit der Schüler\*innen

eine angemessene Schulbildung verwehrt. Deshalb fordern wir kostenlose Schulbildung für alle, und Beendigung der Privatisierung im Bildungsbereich.

3) Wir fordern die Gründung von Regierung und Arbeitgeber unabhängige Gewerkschaftsorganisationen sowie das Recht auf Versammlung und freie Meinungsäußerung!

4) Eine Großzahl unserer Kolleg\*innen, die sich gerade für die Verwirklichung dieser Rechte eingesetzt hat, befindet sich in Haft. Wir fordern ihre sofortige und Befristungslose Freilassung.

Zum Schluss möchte ich ein paar Worte direkt an die GEW-Kolleg\*innen richten: Die erste Kontaktaufnahme zwischen Ihnen und uns ist sehr zu begrüßen. Internationale Zusammenarbeit, besonders zwischen den Menschen, die denselben Beruf ausüben und sich für die gleichen Ziele einsetzen, ist heute wichtiger als je zuvor. Denn sie dient dem direkten Erfahrungsaustausch und ist eine enorme gegenseitige Bereicherung.“

Gewerkschaftliche Initiative (Rhein/Main) für freie gewerkschaftliche Bestätigung und Organisation im Iran (Februar 2022); in dieser Initiative arbeiten Mitglieder des Arbeitskreises Internationales der GEW-Hessen und Mitglieder verschiedener Gewerkschaften mit exilierten Kolleginnen aus dem Iran zusammen.

### KURZMELDUNGEN

#### Private Unternehmen und Unternehmensverbände mischen bei politischer Bildung mit

Die hessischen Unternehmensverbände, Schule und Wirtschaft, die Fraport AG, die Deutsche Bank und die FR sind an dem Wettbewerb „Präsentieren & gewinnen“ beteiligt, zu dem alle Kurse an hessischen Oberstufen im Fach Politik und Wirtschaft eingeladen sind. Die Themen sind frei wählbar. „Wir alle sind in gewisser Weise Unternehmer unseres eigenen Lebens, und dazu ist es total wichtig, sich mit wirtschaftlichen Zusammenhängen auseinanderzusetzen“, sagt Sebastian Kühnel, Geschäftsführer Bildung und Gesellschaft der Vereinigung hessischer Unternehmensverbände. Mal sehen ob die krasse Vermögensverteilung von unten nach oben mit ihrer Auswirkung auf De-

# „Krieg ist im Atomzeitalter das Ende aller Dinge. Herr Putin, treten Sie die Zündschnur aus!“

Auf dem am 27. Februar 2022 in Berlin stattfindenden „Kundgebung für den Frieden“ hat Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands, die folgende Rede gehalten. Sie beleuchtet mit Sicherheit nicht alle Aspekte dieses dramatischen Konflikts, bietet aber ein Fundament, auf dem „eine friedliche Welt, nicht eine Welt der Waffen und Aufrüstung, sondern eine Welt der Abrüstung und gemeinsamen Sicherheit“ aufgebaut werden könnte, wie es am Schluss heißt.

Noch immer gilt, was uns Theodor Adorno gelehrt hat: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“. Das gilt auch für den brutalen und völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine. Krieg ist immer falsch.

Wir NaturFreunde sind seit vielen Jahrzehnten ein Teil der Friedensbewegung. Das gehört zu unserer Geschichte. Zu unseren Mitgliedern zählte Georg Elser, der 1939 in München das erste Attentat auf Adolf Hitler verübte. Er wollte den Krieg stoppen. Zu unseren Mitgliedern gehörte auch Willy Brandt, der für seine Ost- und Entspannungspolitik den Friedensnobelpreis bekommen hat.

Daran knüpfen wir an. Abrüsten und Entspannung waren auch unsere Leitbilder in den letzten Jahrzehnten. Doch die Friedens- und Entspannungspolitik hat keine Rolle gespielt. Unsere Warnungen wurden nicht gehört.

Wir fordern: Herr Putin, ziehen Sie Ihre Truppen sofort aus der Ukraine zurück. Was Sie als „eine russische Spezialoperation“ zur „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ zu rechtfertigen suchen, ist ein mörderischer Angriffskrieg gegen die Ukraine. Doch Krieg ist nicht zu akzeptieren. Krieg ist nicht zu rechtfertigen.

Sie behaupten, dass „die wahre Macht in der Gerechtigkeit und Wahrheit liegt, die auf russischer Seite sind“. Nein, Krieg kann niemals Gerechtigkeit und Wahrheit sein. Der Einmarsch in die Ukraine wird beendet. Herr Putin, treten Sie die Zündschnur aus! Sofort! Europa darf nicht zu einem atomaren Schlachtfeld werden. Der Krieg ist nicht zu akzeptieren.

Wir wissen, dass auch die Ukraine Fehler gemacht hat, vor allem die Blockaden bei der Umsetzung des Minner Traktates. Wir wissen auch, dass der Westen wenig – viel zu wenig – getan hat, um zu einer gesamt europäischen Friedensordnung zu kommen. Alles das rechtfertigt keinen Krieg.

Unsere Sorge gilt dem ukrainischen Volk, das immer wieder Opfer von Aggression, Krieg und Unterdrückung war. Im Zweiten Weltkrieg durch die Nazis. In den 1930er-Jahren auch durch Stalins Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, durch die mindestens 3,5 Millionen Menschen verhungert sind. Die Ukraine hat immer wieder gewaltige Opfer gebracht.

Unsere Hoffnung richtet sich aber auch auf das russische Volk, das den Überfall auf sein Bruder-volk nicht akzeptieren will.

Wir stellen auch fest: Putin, das ist nicht mehr der Putin, der vor 20 Jahren vor dem Deutschen Bundestag einen „europäischen Humanismus“ beschworen hat. Damals kündigte Putin an, dass das Hauptziel russischer Politik die Gewährleistung der demokratischen Rechte und der Freiheit sei. Warum vertreten Sie heute das Gegenteil? Was treibt Sie in den Größenwahn?

Damals haben Sie gesagt: Der Kalte Krieg sei vorbei, wir müssten jetzt das gemeinsame Haus Europa bauen. Das unterstützen wir. Das braucht die Welt heute mehr denn je.

Aber wir müssen feststellen: Die großen Chancen, die sich 1990 mit der „Charta von Paris für ein neues Europa“ für eine friedliche Ordnung in Europa eröffnet haben, wurden leichtfertig verspielt.

Wir kritisieren, dass die Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen faktisch zum Erliegen gekommen sind. Wir kritisieren, dass der INF-Vertrag, in dem eine Abrüstung der Mittelstreckenraketen für taktische Atomwaffen vereinbart wurde, aufgekündigt werden konnte, ohne dass es einen massiven Widerstand Westeuropas gab.

Wir kritisieren auch die Doppelmoral der USA, die von Deutschland ein Ende von Nord Stream 2 verlangen, aber selbst verschweigen,

dass sie unverändert ihre Ölimporte aus Russland fortsetzen. Und die jetzt ihr umweltschädliches Fracking-Gas an Deutschland verkaufen wollen, das nicht nur Kohlendioxid, sondern auch das Treibhausgas Methan emittiert. Das ist kein sauberes Verhalten.

Ja, auch auf westlicher Seite gab es Versäumnisse und Fehler. Und wir haben zu wenig die Interessen Russlands beachtet. Doch alles das ist keine Rechtfertigung für Krieg, Herr Putin. Sie führen Russland in die Vergangenheit zurück.

Wir treten ein für Abrüsten statt Aufrüsten. Wir kämpfen gegen den neuen Nationalismus, der auch Europa erfasst hat. Wir kämpfen gegen die Militarisierung der Welt.

Was ist das für ein böser Irrsinn, dass die Rüstungsausgaben heute höher liegen als 1989, dem historischen Jahr mit dem Ende der Ost-West-Splattung. Auf nur zehn Länder der Welt entfallen knapp 75 Prozent der Rüstungsausgaben. Wie verriekt ist das? Deutschland liegt hier auf Platz sieben und hatte in den letzten zwei Jahren den höchsten Zuwachs bei den Militärausgaben der ersten 15 Länder.

Wir fordern den Stopp der Aufrüstung und Militarisierung der Welt. Vor 40 Jahren hat Olof Palme die Alternative aufgezeigt: die Idee der Gemeinsamen Sicherheit. Sein Kernsatz lautet: Krieg ist im Atomzeitalter das Ende aller Dinge. Deshalb: „Sicherheit kann nicht vor dem Gegner, sondern nur gemein-

sam mit ihm erreicht werden.“ An die Stelle von Abschreckung und Aufrüstung muss eine Gemeinsame Sicherheit treten.“ Das ist eine Überlebensfrage für die Menschheit.

In den 1980er-Jahren gab es drei große UN-Reports, die heute wichtiger sind denn je: Gemeinsames Überleben für eine Weltfriedenspolitik, Gemeinsame Zukunft für eine nachhaltige Entwicklung und Gemeinsame Sicherheit für Frieden und Zusammenarbeit. Die drei Berichte sind heute wichtiger denn je. Für eine friedliche Welt müssen wir sie als Einheit verstehen.

Diese Grundgedanken brauchen wir in der zusammenwachsenden Welt auch, um die globalen Herausforderungen zu bewältigen, die Klimakrise oder die soziale Spaltung der Welt. Die Antwort darauf kann nicht die Militarisierung der Welt sein. Im Gegenteil: Die Welt muss zu einem globalen Friedensprojekt werden.

Russland gehört zu Europa. Deshalb brauchen wir eine gesamt-europäische Perspektive und dürfen Europa nicht auf die EU reduzieren, schon gar nicht auf die NATO. Wir streiten für eine friedliche Welt, nicht für eine Welt der Waffen und Aufrüstung, sondern für eine Welt der Abrüstung und gemeinsamen Sicherheit.

Herr Putin, stoppen Sie den Krieg! Kehren Sie zurück zur Diplomatie!

## Wahl ausschreiben

zur Wahl des Bezirksvorstands des Bezirksverbands Frankfurt der GEW

Auf der Bezirksdelegiertenversammlung (BDV) des Bezirksverbands Frankfurt der GEW ist der Bezirksvorstand für die kommende zweijährige Wahlperiode (2022-2024) neu zu wählen.

Die BDV findet statt **am Montag, den 18.07.2022, von 9 bis 17 Uhr,**

**im Bürgerhaus Saalbau Südbahnhof Hedderichstr. 51, 60594 Frankfurt**

I. Gemäß der Satzung des BV Frankfurt (§ 9) sind zu wählen  
– **die oder der Vorsitzende des Bezirksverbands**  
– **zwei stellvertretende Vorsitzende.**

An Stelle einer oder eines Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden kann auch ein **Vorsitzendenteam von bis zu 3 Personen** gewählt werden. Von dieser Möglichkeit wurde in den letzten Jahren bei vorhergehenden Wahlen immer Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus sind Kolleginnen und Kollegen für folgende Positionen zu wählen:

- **Geschäftsführer(in)**
- **Schatzmeister(in)**
- **Schriftleiter(in) der FLZ**
- **Leiter(in) der Abteilung Rüstung**
- **Leiter(in) der Referate**
  - a) Schule und Bildung
  - b) Tarif, Besoldung, Beamtentest
  - c) Weiterbildung und Bildungsmarkt
  - d) Mitbestimmung und gewerkschaftliche Bildungsarbeit
  - e) Umwelt/Arbeitschutz
  - f) Kommunale Angelegenheiten

Für jede der genannten Positionen ist zusätzlich ein(e) Stellvertreter(in) zu wählen. Alternativ dazu kann auch jeweils ein Team von bis zu 3 Personen gewählt werden (bei den Wahlen in vergangenen Jahren wurde bei fast allen Positionen von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht).

II. Zusätzlich sind von der BDV die **Vorsitzenden(teams) der Fach- und Personengruppen** zu bestätigen.

Die **Fach- und Personengruppen werden hiermit aufgerufen, Versam-**

**lungen durchzuführen, auf denen die Vorsitzenden(teams) gewählt werden, damit diese dann der BDV zur Bestätigung vorgelegt werden.**

In der Satzung des BV Frankfurt sind folgende **Fachgruppen** vorgesehen:

- a) Berufliche Schulen
- b) Erwachsenenbildung
- c) Grundschulen
- d) Haupt- und Realschulen
- e) Gymnasien
- f) Gesamtschulen
- g) Sonderspädagogik
- h) Schulaufsicht, Schulentwicklung und Schulpsychologie
- i) Sozialpädagogische Berufe
- j) Hochschule
- k) sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst

Folgende **Personengruppen** sind in der Satzung vorgesehen:

- a) Angestellte
- b) Ausländische Lehrerinnen und Lehrer

- c) Frauen
- d) Seniorinnen und Senioren
- e) junge GEW
- f) Studierende.

III.

Außerdem sind auch  
– **das Präsidium der BDV,**  
– **der Wahlausschuss der BDV** sowie  
– **die Kassenprüfer(innen)** für die kommende Wahlperiode zu wählen.

**Kandidatenvorschläge** für die in diesem Wahlausschreiben genannten Positionen sind unmittelbar an die Geschäftsstelle des BV Frankfurt, Bleichstr. 38 a, 60313 Frankfurt, E-Mail: info@vfgew-frankfurt.de zu richten. Die Vorschläge sollen auch die Zusage enthalten, dass die Vorgesprochenen mit der Kandidatur einverstanden sind.

Es ist auch möglich, dass Mitglieder selbst ihr Interesse an bzw. ihre Kandidatur zu einer Position erklären. Kandidatenvorschläge und Berechtigungserklärungen sollen **bis spätestens**

**22.06.2022** in der Geschäftsstelle eingegangen sein.

Auch nach diesem Datum und auch auf der BDV selbst sind noch Kandidatenvorschläge und eigene Berechtigungserklärungen möglich; die Einhaltung der genannten Frist ist jedoch Voraussetzung dafür, dass die Kandidaturen von der BDV den Delegierten mit der Einladung mitgeteilt werden.

**Kandidatinnen und Kandidaten müssen selbst auf der BDV anwesend sein, um sich den Delegierten vorzustellen.** Im Falle von Verhinderung durch Krankheit oder aus einem anderen wichtigen Grund ist dies der Geschäftsstelle oder einem Mitglied des Wahlausschusses mitzuteilen. In diesem Fall muss eine schriftliche Einverständniserklärung der Kandidatin bzw. des Kandidaten vorliegen.

Frankfurt am Main, den 28.02.2022

Der Wahlausschuss der BDV  
Daniel Gnida, Stefan Horlacher,  
Thomas Sachs

